



Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (Hg.)

Menschenrechte in den Philippinen – Anspruch und Wirklichkeit



Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen

c/o philippinenbüro e.V. im Asienhaus
Hohenzollernring 52
50672 Köln

Telefon 0049 [221] 7161 21 22
Fax 0049 [221] 7161 21 10
E-Mail amp@asienhaus.de

Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen

Das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen verfolgt das Ziel, durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit auf Entscheider/innen und Multiplikator/innen in Deutschland und der EU zu wirken, um zu einer Verbesserung der Menschenrechtssituation in den Philippinen beizutragen.

Trägerorganisationen des Bündnisses sind Amnesty International, Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, das International Peace Observers Network (IPON), Misereor, Missio-München, das philippinenbüro e.V. im Asienhaus und die Vereinte Evangelische Mission (VEM). Der Hauptfokus der Arbeit liegt auf den thematischen Schwerpunkten extralegale Hinrichtungen, Verschwindenlassen und konstruierte Anklagen gegen politische Aktivist/innen.

Was wir tun

- Beobachtung der Menschenrechtssituation in den Philippinen auf Grundlage direkter Informationen unserer Partner, durch eigene Reisen und über Medienberichte
- Information von Öffentlichkeit und Politik über Fälle schwerer Menschenrechtsverletzungen
- Schreiben von Aktions- und Lobbybriefen
- Briefing politischer Entscheidungsträger/innen, Parlamentarier/innen sowie von Missionen und Delegationen in die Philippinen
- Organisation von Veranstaltungen zum Thema politische Morde, Verschwindenlassen und konstruierter Anklagen

Was wir bieten

- Bereitstellung von Kontakten und politischen Analysen über die Philippinen und die dortige Menschenrechtssituation
- Monatliche Newsletter und regelmäßige Pressemitteilungen zu philippinischen Menschenrechtsthemen
- Dokumentation von Fällen außergerichtlicher Hinrichtungen, Verschwindenlassen und konstruierter Anklagen

Als das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (AMP) im August 2007 seine Arbeit aufnahm, tat es dies, um öffentlich auf die besorgniserregende Zahl von politischen Morden und weiteren schweren Menschenrechtsverletzungen gegen Menschenrechtsverteidiger/innen und oppositionelle Kräfte aufmerksam zu machen. So gehen staatliche Stellen von mindestens 229 Fällen extralegalen Hinrichtungen seit 2001 aus, während einige Menschenrechtsorganisationen von über 1.300 politisch motivierten Morden im selben Zeitraum sprechen.

Kirchliche und zivilgesellschaftliche Partner in den Philippinen waren entweder selbst von politisch motivierten Morden, Verschwindenlassen, Folter und Einschüchterungen an ihren Mitarbeiter/innen betroffen oder berichteten über derartige Menschenrechtsverletzungen gegenüber lokalen Bevölkerungsgruppen, mit denen sie zusammengearbeitet haben. In Gesprächen mit Vertretern und Vertreterinnen der Philippinischen Regierung, durch Internationale Tagungen sowie in Veranstaltungen im Kontext des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen hat das Bündnis in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, den Forderungen der Philippinischen Zivilgesellschaft nach wirksamen Maßnahmen zur Verhinderung politisch motivierter Menschenrechtsverletzungen sowie zur Beendigung von Straflosigkeit international Gehör zu verschaffen.

Seitdem hat der philippinische Staat sich zwar zur Rechtsstaatlichkeit und zur Aufarbeitung begangener Menschenrechtsverletzungen bekannt und in den vergangenen Jahren eine Reihe internationaler Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte ratifiziert.

Dennoch ist es in den sieben Jahren seit Bestehen des Bündnisses in nur einem der vom AMP dokumentierten Fälle zu einer Verurteilung der verdächtigen Täter gekommen und nahezu jeden Monat erreichen das Aktionsbündnis Berichte über neue Fälle schwerer Menschenrechtsverletzungen. Während die Intensität und Anzahl der Menschenrechtsverletzungen Schwankungen unterliegen, so sind politische Morde, Verschleppungen, Folter und konstruierte Anklagen gegen Aktivist/innen keine Einzelfälle, sondern ein Ausdruck massiver politischer Unterdrückung. Sie konterkarieren nationales Recht und die internationalen Übereinkommen, derer sich der philippinische Staat rühmt und dienen der Durchsetzung politischer und ökonomischer Interessen sowie der Sicherung des herrschenden Status quo. Fehlender politischer Wille zu tiefgreifenden Reformen (z. B. Justizwesen, feudale Strukturen etc.) und die fortwährende Straflosigkeit legitimieren die politische Gewalt.

Die vorliegende Broschüre stellt systematisch die verschiedenen Formen der dokumentierten andauernden nach wie vor hohen Zahl an Menschenrechtsverletzungen in den Philippinen dar und veranschaulicht anhand von Einzelfällen, welchen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen und massiven Repressionen Aktivist/innen und Regierungskritiker/innen ausgesetzt sind, die gesellschaftliche Reformen fordern und sich für die Durchsetzung und Wahrung fundamentaler Menschenrechte einsetzen.

Für das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen:

Jochen Motte (Vereinte Evangelische Mission)

Elmar Noé (MISEREOR)

Kapitel 1: Einführung

»Menschenrechte brauchen Beschützer. Menschenrechte brauchen Verteidiger. Regierungen mögen Kritik nicht für richtig halten. Aber das gibt Regierungen nicht das Recht, Kritiker einzuschüchtern, zu misshandeln oder gar zu töten.« – Joachim Gauck, Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, Genf/Schweiz, 25. Februar 2013

Am 10. Dezember 2012, dem internationalen Tag der Menschenrechte, verbrannten Aktivisten ein Bild des philippinischen Präsidenten Benigno »Noynoy« Aquino III, um ihrer Frustration über ausbleibende Veränderungen zum besseren Schutz von Menschenrechten Ausdruck zu verleihen. Frustration auch deshalb, weil philippinische Menschenrechtsaktivist/innen und Regimekritiker/innen selbst Zielscheibe von Menschenrechtsverletzungen sind, bei deren Aufarbeitung die Regierung bislang versagt hat.

Dabei werden die Philippinen oft als Vorreiter für die Menschenrechte innerhalb der ASEAN bezeichnet. Was die internationale und nationale Menschenrechtsgesetzgebung angeht, sind die Philippinen im asiatischen Vergleich tatsächlich vorbildlich. Die Philippinen haben acht der wichtigsten internationalen Menschenrechtskonventionen ratifiziert und sind seit 2011 Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag.¹ Bei der zweiten Überprüfung des Landes im Rahmen des universellen periodischen Staatenüberprüfungsverfahrens (Universal Periodic Review –

UPR) vor dem UN-Menschenrechtsrat im Mai 2012 nahmen die Philippinen 66 von 88 Empfehlungen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation an. Auf nationaler Ebene wurden die Verabschiedung eines Antifoltergesetzes im Jahr 2009 und eines Gesetzes gegen das Verschwindenlassen 2012 als historische Siege im Kampf gegen weitverbreitete Menschenrechtsverletzungen gefeiert.

Die Kehrseite der Medaille – Selektive Reforminitiativen und mangelnde Umsetzung

Während die Stärkung und Zementierung des normativen und rechtlichen Rahmens zu begrüßen ist, so hat dieser es bisher doch nicht vermocht, gravierende Menschenrechtsverletzungen zu stoppen und einen adäquaten Rechtsschutz für die Opfer zu garantieren.

Zwar sind die Fälle politischer Morde und von Verschwindenlassen seit 2007, auch wegen des großen lokalen und internationalen Drucks auf die Regierung, deutlich zurückgegangen.² Trotzdem bezeugt die nach wie vor besorgniserregende hohe Anzahl von an Regierungskritiker/innen und Menschenrechtsverteidiger/innen begangenen Menschenrechtsverletzungen, dass politische Aktivist/innen weiterhin wegen ihres Engagements bedroht sind (Kapitel 3 & 4). Zusätzlich bleiben Hunderte Fälle extralegalen Morde und von Verschwindenlassen aus der Amtszeit von Aquinos Vorgängerin Gloria Macapagal-Arroyo (2001–2010) weiterhin juristisch unaufgearbeitet.³

1 Namentlich die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (CERD), der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR), die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), die Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT), die Konvention über die Rechte des Kindes (CRC), die Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (CPMWP) und die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (CRPD). Wichtige Ausnahmen sind die Konvention zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (CPPED) und das Fakultativprotokoll zum UN-Sozialpakt.

2 Sehr einflussreich war der Bericht des ehemaligen UN-Sonderberichterstatters zu extralegalen, summarischen und willkürlichen Hinrichtungen, Philip Alston, aus dem Jahr 2008 (A/HRC/8/3/Add.2).

3 Bei der genauen Anzahl der Fälle unterscheiden sich die unterschiedlichen Quellen erheblich. Während die mit der Aufklärung politischer Morde beauftragte Taskforce USIG gegenwärtig in 166 Fällen ermittelt (<http://didm.pnp.gov.ph/TF%20USIG/TF%20USIG%20Executive%20Summary%20as%20of%20June%202011,%202012.pdf>), gibt die Menschenrechtsorganisation Karapatan 1.200 Fälle für die Amtszeit von Arroyo und 142 seit dem Amtsantritt von Präsident Aquino an (Karapatan Monitor 2013, Issue 1, http://www.karapatan.org/files/Karapatan_Monitor_Issue1_2013_web.pdf). Der umfangreiche Bericht des Anwalts Parreño dokumentiert für die Zeit von 2001 bis 2010 305

Nicht angenommene Empfehlungen	Empfohlen von
UN-Sonderberichterstatter einladen	UPR 2008: Slowenien, Niederlande, Brasilien UPR 2012: Uruguay, Madagaskar, Österreich, Slowenien, Portugal, Lettland, Norwegen, Mexiko, Großbritannien
Zeugenschutzprogramm adäquat reformieren	UPR 2008: Schweiz
Abschaffung der Exekutivorder 546, die die Schaffung paramilitärischer Einheiten für die Aufstandsbekämpfung vorsieht	UPR 2012: Niederlande, Spanien
Ratifizierung der UN-Konvention zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (CPPED)	UPR 2008: Slowenien, Mexiko UPR 2012: Argentinien, Belgien, Brasilien, Japan, Frankreich, Chile, Spanien
Umsetzung aller Verpflichtungen in nationales Recht, die sich aus der Ratifizierung des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs ergeben	UPR 2012: Slowakei, Schweiz, Belgien, Lettland, Slowenien, Lichtenstein
Angenommene, aber nicht umgesetzte Empfehlungen	Empfohlen von
Beendigung extralegalen Hinrichtungen und Verschwindenlassen sowie Bestrafung der Täter/innen	UPR 2008: Heiliger Stuhl, Schweiz UPR 2012: Südkorea, Singapur, Heiliger Stuhl, Deutschland, Frankreich, Trinidad und Tobago, Spanien, Vereinigte Staaten, Schweden, Timor-Leste
Effektiver Schutz von Journalist/innen und Menschenrechtsverteidiger/innen	UPR 2012: Frankreich
Effektive Umsetzung des Antifoltergesetzes	UPR 2012: Irland, Mexiko, Dänemark
Weitere Ausarbeitung und umgehende Veröffentlichung des Nationalen Aktionsplans für Menschenrechte	UPR 2012: Palästina, Katar
Umgehende Einrichtung eines Nationalen Präventionsmechanismus gegen Folter wie im Fakultativprotokoll der Antifolterkonvention (OPCAT) vorgesehen	UPR 2012: Frankreich, Neuseeland, Dänemark
Ausreichende Ausstattung für die nationale Menschenrechtsinstitution der Philippinen, die Commission on Human Rights (CHR)	UPR 2012: Ägypten, Australien, Russland
Auflösung aller Privatarmeen	UPR 2012: Chile
Reform des Justizsektors zur Bekämpfung der Straffreiheit	UPR 2012: Spanien, Südkorea, Niederlande,
Sicherstellung der Befehlskontrolle über alle paramilitärischen Verbände	UPR 2012: Vereinigte Staaten

Unrechtmäßige Verhaftungen, die oftmals mit Folter einhergehen, sind weiterhin an der Tagesordnung. Ebenso lässt sich feststellen, dass die Zahl von konstruierten Anklagen gegen Menschenrechtsaktivist/innen zugenommen hat (Kapitel 2).

Wie ist diese offensichtliche Diskrepanz zwischen der progressiven Gesetzgebung einerseits und den kontinuierlichen sowie überwiegend straffrei bleibenden Menschenrechtsverletzungen andererseits zu erklären?

Zum einen fehlt es trotz der vielen Gesetzgebungen in einzelnen thematischen Teilbereichen nach wie vor an einer kohärenten und ressortübergreifenden Menschenrechtspolitik aus einem Guss. Symptomatisch hierfür ist, dass der seit über fünf Jahren angekündigte Nationale Aktionsplan für Menschenrechte, der in Übereinstimmung mit der Erklärung der Wiener Weltmenschrechtskonferenz konkrete Schritte und Maßnahmen zu einer Verbesserung der Menschenrechtssituation benennen soll, bisher nicht öffentlich gemacht wurde. Außerdem wurden zentrale Empfehlungen des damaligen UN-Sonderberichterstatters für extralegale, summarische und willkürliche Hinrichtungen, Philip Alston, aus dem universellen periodischen Überprüfungsverfahren des UN-Menschenrechtsrats (UPR), weiterer UN-Komitees sowie der philippinischen Zivilgesellschaft entweder gar nicht erst akzeptiert oder nicht umgesetzt (siehe Kasten). Während das rechtliche Rahmenwerk nur noch vereinzelte Lücken aufweist, wird insbesondere angemahnt, dass die bestehenden Institutionen bisher nicht in der Lage waren, das Problem massiver Menschenrechtsverletzungen endgültig zu beenden.

Es gibt aber auch gewichtige strukturelle Gründe, die dazu führen, dass schon bestehende rechtliche Vorschriften und nationale Gesetze faktisch nicht umgesetzt werden. So sind die demokratischen Institutionen nach wie vor schwach und vor allem stark abhängig von den Partikularinteressen weniger Familienklans. Diese besitzen in ihren Heimatterritorien private Gewaltmonopole, die sie vielfach durch die Kontrolle staatlicher Institutionen, inklusive der Sicherheitsorgane und

des Justizwesens, aufrechterhalten.⁴ Zusätzlich existieren ca. 100 Privatarmeen, die von Bürgermeister/innen, Kongressabgeordneten und Gouverneur/innen kontrolliert werden. Dieses Gewaltmonopol wird oft schamlos zur Durchsetzung der politischen und wirtschaftlichen Partikularinteressen der Eliten eingesetzt. Vor allem auf lokaler Ebene und im ländlichen Raum sind dabei Gewalt und Repression ein regelmäßig eingesetztes Mittel zur Herrschaftssicherung.

Schließlich fehlt es oft am politischen Willen, bestehende Gesetze auch gegen Widerstände und Hindernisse durchzusetzen. In vielen Fällen scheint es für die Regierung bequemer, auf erreichte Erfolge bei der Verabschiedung von progressiven Gesetzen zu verweisen, statt sich der mühsamen Aufgabe zu widmen, diese zu implementieren und ihre Einhaltung zu garantieren. In diesem Zusammenhang ist es besonders enttäuschend, dass sich Präsident Aquino, der sein Amt mit weitreichenden Versprechen angetreten hatte⁵, den gravierenden Menschenrechtsverletzungen Einhalt zu gebieten, kaum noch zum Thema äußert. Als Chef aller Exekutivorgane des Staates, insbesondere des Verteidigungs-(DND) und Innenministeriums,(DILG) und als oberster Befehlshaber der Streitkräfte, ist aber gerade sein Engagement für die Beendigung massiver Menschenrechtsverletzungen unabdingbar.

Dies führt zu einer durchgehend mangelhaften Umsetzung innenpolitischer Maßnahmen auf regionaler und lokaler Ebene, die Menschenrechtsverletzungen verhindern oder zumindest sanktionieren sollen. So bemängeln die relevanten UN-Komitees sowie internationale NGOs durchweg die fehlende Implementierung bzw. Verletzung der ratifizierten internationalen und nationalen Menschenrechtsgesetze in den Philippinen.⁶

Vorfälle mit 390 Mordopfern. (Parreño, Al (2011): Report on the Philippine Extrajudicial Killings 2001–2010 (<http://asiafoundation.org/resources/pdfs/ReportonPhilippineEJK20012010.pdf>)).

4 Philippinische Polizeieinheiten unterstehen aufgrund des Local Government Codes von 1992 den Bürgermeistern und werden im Zuge dessen oft zur Durchsetzung politischer Eigeninteressen eingesetzt.

5 Vgl. z.B. seine Rede zum 62. Jahrestag der Unterzeichnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Manila, 10. Dezember 2012 (<http://www.gov.ph/2010/12/10/speech-of-president-aquino-at-the-62nd-anniversary-of-the-universal-declaration-on-human-rights/>).

6 So zum Beispiel der Bericht der Weltorganisation gegen Folter OMCT zur Umsetzung der Empfeh-

Reforminitiativen und legislative Maßnahmen	Umsetzungsgrad und Defizite
Verabschiedung eines Nationalen Gesetzes gegen Folter (Anti-Torture Act 2009)	Bisher ist es zu keiner Verurteilung unter diesem Gesetz gekommen.
Verabschiedung eines Nationalen Gesetzes gegen Verletzungen des Humanitären Völkerrechts (Act on Crimes Against International Humanitarian Law 2009)	Bisher ist es zu keiner Verurteilung unter diesem Gesetz gekommen.
Ratifizierung des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC)	Nach wie vor kommt es zu Verletzungen des Humanitären Völkerrechts.
Ratifizierung des Fakultativprotokolls zur Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (OPCAT)	Bisher wurde kein Nationaler Präventionsmechanismus gemäß OPCAT eingerichtet.
Verabschiedung eines Nationalen Gesetzes gegen das Verschwindenlassen (Anti Enforced Disappearance Act 2012)	Bisher ist es zu keiner Verurteilung gekommen und keines der Opfer wurde, wie im Gesetz vorgesehen, entschädigt.
Überarbeitung des Strafrechts	Ein überarbeitetes Strafrecht wurde bisher nicht verabschiedet.
Einrichtung einer unabhängigen Kommission gegen Privatarmeen (Independent Commission Against Private Armies 2010)	Diese hat bisher keine konkreten Empfehlungen abgegeben.
Einrichtung diverser ressortübergreifender Komitees (sog. Superbodies) zur Untersuchung von Fällen politischer Morde und von Verschwindenlassen	Bisher erfolgten erst zwei erfolgreiche Verurteilungen in Fällen politischer Morde. Die Komitees legen keine transparenten Sachstandsberichte vor.
Neuer interner Sicherheitsplan »Oplan Bayanihan«, der ein Primat der Menschenrechte in der Aufstandsbekämpfung anerkennt	Es gibt weiterhin zahlreiche Berichte von massiven Menschenrechtsverletzungen seitens des Militärs im Zuge von Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen.
Einrichtung von Menschenrechtsbüros in AFP und PNP	Die Stellen haben bisher keine transparenten Sachstandsberichte vorgelegt.

Menschenrechtsverletzungen durch den Staat: Aufstandsbekämpfung und wirtschaftliche Interessen

Die meisten schweren Menschenrechtsverletzungen werden von Polizist/innen, Mitgliedern des Militärs oder von diesem kontrollierten paramilitärischen Gruppen begangen.⁷

lungen des UN-Ausschusses gegen Folter und des UN-Ausschusses über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (<http://www2.ohchr.org/english/bodies/cescr/docs/info-ngos/OMCT2Philippines41.pdf>).

⁷ Parreño: Report on Extrajudicial Killings, S. 13 ff.

Diese ereignen sich vor allem im Kontext der langanhaltenden innerstaatlichen Konflikte mit der kommunistischen New People's Army (NPA) und den verschiedenen bewaffneten Gruppen der muslimischen Unabhängigkeitsbewegung im Süden der Philippinen.

Politischen Aktivist/innen und Menschenrechtsverteidiger/innen wird dabei oft zum Verhängnis, dass große Teile des Militärs dieses nach wie vor als Bollwerk gegen den kommunistischen Aufstand betrachten. Das vielfach kritisierte unter Präsidentin Arroyo eingeführte Aufstandsbekämpfungsprogramm »Oplan Bantay Laya II« machte zivilgesellschaftliche Akteure explizit zum Ziel militärischer Akti-

onen. Über die Jahre hat das Militär zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen, Gewerkschaften und Parteilisten öffentlich und in den meisten Fällen zu Unrecht zu NPA-Tarnorganisationen erklärt. Deren Mitglieder wurden auf Überwachungs- und Abschusslisten aufgeführt, was nach dem Bericht des damaligen UN-Sonderberichterstatters Alston die Hauptursache für politische Morde darstellte. Und auch heute noch sind besonders diejenigen in großer Gefahr, Opfer von Repression und Gewalt durch staatliche Sicherheitsorgane zu werden, denen vom Militär das Etikett »kommunistisch« angeheftet wird (siehe Kapitel 2.2).

Im Januar 2011 trat ein neuer interner Sicherheitsplan »Oplan Bayanihan« in Kraft, der das Primat der Menschenrechte in der Aufstandsbekämpfung explizit anerkennt.⁸ Trotzdem wurde das Militär seitdem weiterhin mit Dutzenden Fällen extralegalen Hinrichtungen und von Verschwindenlassen in Verbindung gebracht.

Zudem sind kommerzielle Interessen an Land und Boden häufig eng mit denen von Militärs und Politikern verknüpft. Ein Großteil der Nutzfläche für Landwirtschaft und Bergbau ist im Besitz einiger weniger reicher Familien oder wird von multinationalen Konzernen kontrolliert. Polizei, Militärs, Paramilitärs und private Sicherheitsfirmen werden hier gezielt eingesetzt, um die Sicherheit von Konzernen und Landbesitzern zu gewährleisten und ihre Interessen gegen lokalen Widerstand und gesetzlich vorgesehene Reformpläne durchzusetzen.

Menschenrechtsverteidiger/innen in Gefahr

Die Opfer von Menschenrechtsverletzungen sind diejenigen, die für die herrschenden Eliten eine Bedrohung darstellen. Dies sind zum einen Mitglieder konkurrierender Familienklans, weswegen es immer wieder zu interreligiöser Gewalt kommt, der oft Lokalpolitiker zum Opfer fallen.

Vor allem aber sind all jene bedroht, die Kritik an den vorherrschenden Machtstrukturen und dem fest verwurzelten Klientelismus in den Philippinen üben. Es sind Mitglieder

von systemkritischen Parteilisten, progressive Lokalpolitiker/innen, Umweltaktivist/innen, Bäuerinnen und Bauern aus der Agrarreformbewegung und Indigene aus der Antibergraubewegung, die sich gegen die Verletzung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte vor Ort zur Wehr setzen. NGO-Aktivist/innen, die sich für gesellschaftliche Transformation und sozioökonomische Veränderungen aussprechen, werden genauso zur Zielscheibe von Repressionen wie investigative Journalist/innen, die illegale Aktivitäten von Politiker/innen und Beamten/innen aufdecken.

Die Verletzung politischer und ziviler Menschenrechte ist also untrennbar mit den mannigfaltigen sozialen Konflikten und der weitverbreiteten Armut verbunden. Exemplarisch hierfür stehen die vielfachen Menschenrechtsverletzungen im Kontext von Bergbauprojekten, von denen vor allem indigene Gruppen betroffen sind. Weil die lokale Bevölkerung selten von diesen Projekten profitiert, sondern im Gegenteil oft zwangsenteignet und umgesiedelt wird und massiv von Umweltverschmutzung betroffen ist, kommt es zu Widerstand. Dieser wird vom Militär, paramilitärischen Gruppen (sog. CAFGU – Citizens Armed Forces Geographical Units) oder Privatarmeen unterdrückt, was zu einer Eskalation der Gewalt führt.⁹

Die Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen wie sie die UN-Deklaration für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger/innen formuliert¹⁰, wird deutlich, wenn man die vielen Gefährdungen betrachtet, denen diese in den Philippinen regelmäßig ausgesetzt sind: Die Bandbreite der Repressionen und gravierenden Menschenrechtsverletzungen reicht von illegalen Hausdurchsuchungen durch Sicherheitskräfte, telefonischen Drohanrufen und einschüchternden SMS, intensiven Überwachungsmaßnahmen, über Kriminali-

8 Internal Peace and Security Plan »Oplan Bayanihan« (<http://www.afp.mil.ph/bayanihan.pdf>).

9 Im Kontext der geplanten Gold- und Kupfermine in Tampakan, Mindanao, wurden beispielsweise einige führende Minengegner gezielt von Militäreinheiten ermordet. Vgl. Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen: Briefe an Präsident Aquino vom 25. Oktober 2012 und 5. September 2013 (<http://www.asienhaus.de/menschenrechte-philippinen/index.php/de/letters-of-appeal>).

10 Declaration on the Right and Responsibility of Individuals, Groups and Organs of Society to Promote and Protect Universally Recognized Human Rights and Fundamental Freedoms, GA Resolution 53/144, 9. Dezember 1998.

sierung durch Diffamierungen und konstruierte Anklagen, Hauszerstörungen, bis hin zu Todesdrohungen sowie Verschleppungen und Ermordungen.

Größtes Problem Straflosigkeit

»In the past [...] no one was ever punished. It was as though the standard was to be blind, mute and deaf to these things. This is why those who were supposed to have been brought to justice were able to go in and out of the country, and those who were meant to hold them accountable lazily drag their feet. This will not happen in my administration. This time, we will right the wrongs and make straight those policies that are twisted.«
– Präsident Aquino – Rede vor der Militärakademie März 2011

Ein übergreifendes Problem und Hauptursache für die andauernde Verletzung von Menschenrechten ist die fast absolute Straffreiheit der mutmaßlichen Täter/innen und Drahtzieher/innen. Wer in den Philippinen politischen Einfluss und Vermögen hat, kann Morde und Verschwindenlassen in Auftrag geben, ohne jemals eine Verurteilung fürchten zu müssen. Die Verurteilungsrate in Fällen politischer Morde liegt beispielsweise bei nur 1,9 Prozent.¹¹ Es gibt deutliche Hinweise dafür, dass große Teile der Polizei und Staatsanwaltschaft nicht in der Lage oder willens sind, unparteiisch zu ermitteln und für Gerechtigkeit einzutreten. Ebenso wird immer wieder von Sicherheitsbeamten/innen und Angestellten des Justizwesens berichtet, die in Entführungen, Drogenhandel, Autoschmuggel und andere Verbrechen verwickelt sind.

In Fällen, in denen Mitglieder des Militärs Menschenrechtsverletzungen bezichtigt werden, weigert sich die Polizei oft, dem Verdacht nachzugehen. Die Gründe dafür liegen u. a. in einem gemeinsamen Korpsgeist staatlicher Sicherheitsorgane. Einzelne Polizisten fürchten darüber hinaus, Opfer von Vergeltungsmaßnahmen zu werden, sollten sie versuchen, gegen das Militär vorzugehen.

Strafprozesse in den Philippinen sind wegen der mangelnden forensischen Expertise der Ermittlungsbehörden in hohem Maße von Zeugenaussagen abhängig. Allerdings ist der Zeugenschutz mangelhaft und faktisch nicht vorhanden. Potenzielle Zeugen kooperieren aus Angst um ihr Leben meist gar nicht erst mit den Justizbehörden, und wenn sie es doch tun, erhalten sie oft Drohungen. Immer wieder werden Zeugen auch umgebracht.¹² Das Fehlen von Zeugen ist deshalb auch das größte Hindernis für die Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen.¹³

»If you want to preserve your life expectancy, don't act as a witness in a criminal prosecution for killing.« – Alston Report

Wo es an einem funktionierenden Rechtsstaat fehlt und meist Loyalitäten und Seilschaften zu den politischen Machthabern existieren, entsteht ein personalisiertes Justizsystem, in dem Institutionen nur denen nützlich sind, die Beziehungen haben. Das Vertrauen der Bevölkerung in Rechtsstaatlichkeit und die Unabhängigkeit des Sicherheits- und Justizsektors ist daher stark erschüttert. Weil Gerichte wegen ihrer Überlastung mit Fällen und dem Mangel an Richtern oft nur in unregelmäßigen Abständen tagen, ziehen sich viele Prozesse über mehrere Jahre hin. Richter und Staatsanwälte werden bestochen¹⁴ oder Haftbefehle gegen protegierte Personen nicht ausgeführt. Der Weg vom Haftbefehl über Verhaftung bis hin zu Strafverfolgung und Verurteilung wird im philippinischen Justizsystem nur selten vollendet. Die wenigen Fälle, die überhaupt vor Gericht kommen, werden meist über Jahre verschleppt und erfordern von den Prozessierenden eine hohe Frustrationstoleranz und enorme finanzielle Ressourcen.

12 Im Strafprozess zum sogenannten Maguindano-Massaker wurden bisher drei Zeugen ermordet. (<http://newsinfo.inquirer.net/219509/another-witness-in-maguindanao-massacre-killed>).

13 Der Report des UN-Sonderberichterstatters Alston (S. 19, para 52) zitiert einen Experten, der angibt, dass fehlende Zeugen in 8 von 10 Fällen extralegaler Tötungen verhindern, dass ein Gerichtsverfahren eröffnet wird.

14 Unbestechliche Richter/innen müssen hingegen um ihr Leben fürchten. Seit 1999 wurden über 20 Richter/innen in den Philippinen ermordet (<http://attylaserna.blogspot.com/2009/01/16-judges-killed.html>).

Die internationale Besorgnis wächst

Sowohl die Vereinten Nationen als auch die Europäische Union äußerten im Jahr 2012 erneut ihre Sorge über die anhaltenden extralegalen Hinrichtungen, das Verschwindenlassen von Menschen, über Folter und die Straffreiheit der mutmaßlichen Täter.¹⁵

Konsens internationaler und nationaler Beobachter/innen ist, dass die Regierung Aquino bisher weder ihrer Pflicht zur Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen aus den Jahren 2001 bis 2010 nachgekommen ist, noch gegen die Ermordung von oppositionellen Kräften, gegen Folter und die Kriminalisierung von Mitgliedern der Zivilgesellschaft entschieden vorgeht. Auf diese Weise bleibt politische Gewalt als Mittel der Interessendurchsetzung eine staatlich legitimierte Praxis.

Ohne Aufarbeitung keine Verbesserung

Der wirkliche Gradmesser für eine spürbare Verbesserung der Menschenrechtssituation und die Ernsthaftigkeit der Versprechen der gegenwärtigen Regierung kann – neben allen begrüßenswerten Reforminitiativen – nur die Anklage und Verurteilung der Täter/innen sowie der dahinterstehenden Drahtzieher/innen sein. Dies ist bis heute nicht geschehen.

Die in dieser Publikation vorgestellten Einzelfälle verdeutlichen die nach wie vor gravierenden Missstände und systemimmanenten Defizite bei der Bekämpfung und Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen. Sie verdeutlichen das systematische Vorgehen gegen Menschenrechtsverteidiger/innen und politische Aktivist/innen in den Philippinen.

15 OHCHR Press Release: UN experts urge Philippines to protect rights defenders from a growing wave of attacks and killings (<http://www.ohchr.org/en/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=12333&LangID=E>), European Parliament Resolution of 14 June 2012 on the cases of impunity in the Philippines (2012/2681(RSP)) (<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=MOTION&reference=B7-2012-0335&language=EN>).

2.1 Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger/innen

Das Justizsystem der Philippinen versagt nicht nur bei der Aufarbeitung und Verfolgung von Verbrechen an politischen Aktivist/innen und Menschenrechtsverteidiger/innen. Es wird auch selbst systematisch missbraucht, um diese mundtot zu machen und ihre Arbeit zu behindern. Dies geschieht durch die gezielte Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger/innen und ihrer Aktivitäten.

Die Kriminalisierung von Aktivist/innen nimmt mehrere Formen an. Sie reichen von der missbräuchlichen Auslegung bestehenden Rechts mit der einzigen Intention, politische Aktivitäten zu unterbinden¹, über die gezielte Diffamierung (siehe Kapitel 2.2) bis zur Verhaftung ohne jegliche Rechtsgrundlage und der Anklage unter fadenscheinigen Gründen.

Statistiken philippinischer Menschenrechtsorganisationen zufolge sind unter der Regierung Aquino bisher ca. 350 Menschen Opfer illegaler Verhaftungen und anschließender Inhaftierung geworden.² Berücksichtigt man die Fälle der vorigen Amtszeiten, so sind landesweit zwischen 300 und 400 politische Gefangene in Haft.³ In den letzten Jahren haben systematische Einschüchterungsversuche gegenüber Aktivisten/innen und Menschenrechtsverteidiger/innen stetig zugenommen. Die philippinische Menschenrechtskommission Commission on Human Rights (CHR) spricht deshalb sogar von einer »juristischen Offensive« gegen (meist linke) politische Aktivist/innen.

Eine besonders perfide Form der Kriminalisierung liegt vor, wenn Aktivist/innen mit konstruierten Anklagen, so genannten »fab-

ricated cases« oder »trumped-up charges«, belastet werden. Die Drahtzieher der falschen Anklagen machen sich dabei das dysfunktionale Justizsystem mit seinen lang währenden und für die Angeklagten kostspieligen Prozessen zunutze. Weil Gerichte wegen ihrer Überlastung mit Fällen und des Mangels an Richtern oft nur in unregelmäßigen Abständen tagen, ziehen sich Prozesse über mehrere Jahre hin. Werden die Angeklagten bestimmter Verbrechen (z. B. Mord, terroristische Anschläge, Raub) beschuldigt, für die keine Kautions hinterlegt werden kann, bleiben sie deshalb auf unabsehbare Zeit in Untersuchungshaft. Selbst offensichtlich falsche Anklagen führen deshalb in der Regel zu mehreren Jahren Haft. Dies erklärt auch, warum sich Unschuldige oft gezwungen sehen unterzutauchen.

Ein verbreiteter Modus Operandi konstruierter Anklagen ist die Verwendung von John/Jane Doe Haftbefehlen. Dabei wird im Fall eines Verbrechens, etwa eines Mordes oder eines Bombenanschlags, Anklage gegen unbekannt – im Englischen »John Doe« – erlassen, oft gegen Dutzende Unbekannte gleichzeitig. Obwohl der philippinische Oberste Gerichtshof bereits 1925 entschied, dass Anklagen gegen unbekannt nur dann erhoben werden dürfen, wenn diese eine genaue Beschreibung der Angeklagten beinhalten, wird dies oft nicht eingehalten.⁴ Diese Namensplatzhalter können dann nach Belieben durch die Namen missliebiger Aktivist/innen ersetzt werden.

Ob in Untersuchungshaft oder im Untergrund, in jedem Fall haben die Drahtzieher/innen der falschen Anklagen ihr Ziel erreicht: Das Opfer muss seine politischen Tätigkeiten einstellen und wird so ruhig gestellt.⁵ Diesen

1 Ein typisches Beispiel ist die Anklage wegen widerrechtlichen Betretens von Privateigentum (trespassing) gegen Aktivisten/innen der Agrarreformbewegung, wenn sie Protestaktionen auf dem Land von Großgrundbesitzern durchführen.

2 Task Force Detainees of the Philippines: Statistics of Cases of Human Rights Violations 2010–2012 (<http://www.tfdp.net/resources/statistics>), Karapatan Monitor 2013, Issue No. 2 (http://www.karapatan.org/files/Karapatan_Monitor_Issue2_2013_WEB.pdf)

3 Die Menschenrechtsorganisation Task Force Detainees Philippines (TFDP) hat 300 Individuen dokumentiert, während die Menschenrechtsallianz Karapatan von 400 Inhaftierten spricht.

4 *People v Veloso*, G. R. No. L-23051, 20. Oktober 1925 (<http://philippinelaw.info/jurisprudence/grl23051-people-v-veloso.html>).

5 Beispielhaft sind hier die Verfahren gegen die »Abadilla Five«, »Southern Tagalog 72« und »Tagaytay Five« zu nennen, wo die Beschuldigten erst nach jahrelangen Gerichtsverhandlungen freigesprochen worden sind. Vgl. Asian Human Rights Commission: PHILIPPINES: The fabrication of charges is »widespread and systematic«, (<http://www.humanrights.asia/news/ahrc-news/AHRC-STM-272-2012/>).

Effekt haben falsche Anklagen nicht nur auf den Angeklagten selbst. Sie zeigen auch eine unmittelbare, abschreckende Wirkung auf andere, die sich für politisch sensible Themen einsetzen. So reicht oft ein Verfahren gegen den Kopf einer lokalen Bürgerbewegung, um diese vollständig stillzulegen. Dieses strategisch rechtliche Vorgehen gegen öffentliche Partizipation wird im philippinischen Kontext deswegen »Strategic Legal Action Against Public Participation« oder kurz SLAPP genannt.

»SLAPPs are attempts to bully people into political submission through inordinate demands. Their purpose is to terrify and enmesh. Even if they stand no chance of success, they ensure that campaigners who might otherwise have been trying to protect the environment or to defend workers' rights are instead snarled up in the courts. [...] Those who might have joined the campaign are frightened off. Those who might have become active in other campaigns avoid politics altogether for fear of the consequences. Their absence impoverishes democracy.«
– George Monbiot, The Guardian, 25.2.2013

Der Fall Temogen »Cocoy« Tulawie

»Cocoy« Tulawie ist ein bekannter Menschenrechtsverteidiger aus Jolo, Sulu, in den südlichen Philippinen. Er ist der Leiter des Regionalbüros des Consortium of Bangsamoro Civil Society (CBCS) in Sulu und der Gründer der lokalen Menschenrechtsgruppe Bawgbug. Von 2004 bis 2006 ist Cocoy Tulawie Mitglied des Gemeinderates der Provinzhauptstadt Jolo und Mitbegründer der Concerned Citizen's of Sulu, einer Bürgerorganisation, die sich für eine Demokratisierung lokaler Politik, Transparenz innerhalb der Regierungsführung und die Bewahrung bürgerlicher Rechte der Einwohner/innen Sulus einsetzt.

Seine Kampagnen enthüllen etliche Menschenrechtsmissbräuche und -verletzungen seitens der Lokalregierung in Sulu, darunter die Massenvergewaltigungen von Frauen und Mädchen, begangen von den Söhnen prominenter Politiker und ihrer paramilitärischen Schutztruppen, und die nicht verfassungsgemäße Notstandsaufrufungen durch Provinzgouverneur Abdulsakar Tan.

Als im Mai 2009 ein Bombenanschlag auf Provinzgouverneur Tan verübt wird, wird Tulawie der Drahtzieherschaft beschuldigt, obwohl keinerlei Indizien diesen Verdacht begründen. Im Gegenteil belegen mehrere Zeugenaussagen, dass er zum Tatzeitpunkt nicht vor Ort war.

Obwohl zwei der drei ihn belastenden Zeugen ihre Aussagen schließlich zurückziehen und zugeben, zur Falschaussage gezwungen worden zu sein, kommt es schließlich zur Anklageerhebung gegen ihn. Weil Tulawie keine Chance auf einen fairen und unabhängigen Prozess in Sulu, dem politischen Einflussgebiet des Gouverneurs, sieht, taucht er daraufhin unter. In den folgenden drei Jahren befindet er sich auf der Flucht, in ständiger Angst um seine Familie und vor einer drohenden Verhaftung. In dieser Zeit wendet sich Tulawie an den Obersten Gerichtshof, um eine Verlegung des Gerichtsverfahrens auf neutraleren Boden, nach Davao City, zu erwirken. Am 13. Juni 2011 verfügt der Oberste Gerichtshof die Verlegung des Verfahrens mit der Begründung, dass Tulawies Leben und das seiner Familie bei einer Verhandlung in Sulu in permanenter Gefahr sei. Am 14. Januar 2012 wird Tulawie schließlich in Davao City verhaftet und dort inhaftiert.

Wohl auf Anweisung von Provinzgouverneur Tan versucht das Gericht in Sulu jedoch, sich gegen die Anordnung des Obersten Gerichtshofes zu stellen und Tulawie in einer Nacht-und-Nebel-Aktion zurück nach Sulu zu überführen. Allein das Eingreifen lokaler Menschenrechtsorganisationen kann die unrechtmäßige Verlegung nach Sulu im letzten Moment verhindern. Daraufhin beantragt Gouverneur Tan mit der Begründung, dass Davao »feindlicher Boden« für ihn sei, das Verfahren von Davao City nach Manila zu verlegen. Diesem Antrag wird zugestimmt, obwohl Tulawies Leben mehreren Berichten zufolge bei einer Verlegung nach Manila durch inhaftierte Auftragskiller in Gefahr sei.

Schließlich wird bekannt, dass der letzte verbleibende Zeuge gegen Tulawie, ein bekenndes Mitglied der islamistischen Terrororganisation Abu Sayaf, selbst im Rahmen eines Rehabilitationsprogramms aus dem Gefängnis entlassen wurde. Die Vermutung liegt nahe, dass dies als Belohnung für seine Gefälligkeitsaussage und auf Anordnung von Tan geschehen ist.

Der Fall von Cocoy Tulawie ist ein klassisches Beispiel dafür, wie Menschenrechtsverteidiger/innen selbst zu Opfern von Menschenrechtsverletzungen werden. Die rechtliche Verfolgung Tulawies ist der Versuch, seinen Protest gegen die Regierung des Gouverneurs von Sulu zum Verstummen zu bringen. Darüber hinaus verdeutlicht der Prozess gegen Tulawie die mangelnde Unabhängigkeit insbesondere lokaler Justizorgane von regionalen und lokalen Machtstrukturen. Machthaber wie Gouverneur Tan stehen über dem Gesetz und können das Rechtssystem zur Herrschaftssicherung und zur Unterdrückung von Kritiker/innen nutzen, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen.

Exemplarische Defizite

- Die Justizorgane und Strafverfolgungsbehörden, vor allem in den ländlichen Regionen der Philippinen, sind oft stark von lokalen Machthaber/innen abhängig und können von diesen systematisch für eigene Interessen missbraucht werden.
- Auch in Fällen offensichtlich konstruierter Anklagen sind mehrere Jahre andauernde Prozesse die Regel. Auch Unschuldige verbringen deswegen oft lange Zeit im Gefängnis.



Cocoy
Tulawie

2.2 Kriminalisierung im Rahmen von Aufstandsbekämpfung

Eine besondere Variante der Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger/innen und Aktivist/innen ist die Praxis staatlicher Akteure und insbesondere des Militärs, regierungskritische Individuen öffentlich als Aufständische oder kommunistische Terroristen zu denunzieren. Während große Teile des Militärs sich weiterhin als Bollwerk gegen den Kommunismus verstehen, werden zivilgesellschaftliche Organisationen aus dem linken politischen Spektrum als Tarnorganisationen der Communist Party of the Philippines (CPP) und ihres bewaffneten Arms, der New People's Army (NPA), betrachtet und deren Mitglieder unter den Generalverdacht gestellt, Teile des kommunistischen Widerstands zu sein. Obwohl die Mitgliedschaft in der CPP seit der Widerrufung des »Anti-Subversion Gesetzes« im

Jahre 1992 nicht mehr strafbar ist⁶, wird nach dieser Logik ein Großteil des zivilgesellschaftlichen Engagements für sozialen Wandel als staatsfeindlich diffamiert.

Diese Strategie, die manchmal wegen der Parallelen zur US-amerikanischen McCarthy-Ära als Red-Baiting⁷ oder Red-Labeling bezeichnet wird, schafft ein klares Feindbild und verwischt gleichzeitig die Grenze zwischen bewaffnetem Widerstand und friedlicher, ziviler Opposition. Das Militär wendet diese Strategie an, um sein hartes Vorgehen und schwere Menschenrechtsverletzungen

6 Congress of the Philippines, Republic Act 7636 (http://www.congress.gov.ph/download/ra_09/RA07636.pdf).

7 IPON Observer 2011, Vol 3, No. 2.

gegen Teile der Zivilgesellschaft zu legitimieren, indem es behauptet, dies diene der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung.

Die öffentliche Verunglimpfung von Aktivist/innen wird vom Militär (AFP) und teilweise der Philippine National Police (PNP) systematisch betrieben. In der Vergangenheit diente dazu die sogenannte »order of battle«-Liste, auf der das Militär Organisationen und deren Mitglieder aufführte, die es für illegitim erachtete.⁸ In militäreigenen Radiosendern oder während vom Militär veranstalteten »Friedensseminaren« werden die hierauf aufgeführten Personen dann öffentlich als Terroristen/innen und NPA-Mitglieder denunziert. Während die »order of battle« mittlerweile durch den Anti-Enforced Disappearance Act verboten wurde, besteht die Gefahr, dass eine gemeinsame Liste des Verteidigungs- (DND)- und Innenministeriums (DILG) (Joint Order 14–2012), auf der angeblich 235 gesuchte Kommunist/innen aufgeführt sind, an deren Stelle getreten ist.⁹ Obwohl es sich hierbei offiziell um eine Fahndungsliste für die zivilen Strafverfolgungsbehörden handelt, werden die Namen der Gesuchten bislang geheim gehalten.

Die Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen, die von Militär oder Polizei als Tarnorganisationen des kommunistischen Widerstands betrachtet werden, sind überproportional von Menschenrechtsverletzungen betroffen.¹⁰ Sie werden Opfer von Bedrohungen und Einschüchterungen, Verschwindenlassen (Kapitel 3) und extralegalen Hinrichtungen (Kapitel 4). Durch den derzeit gültigen internen Friedens- und Sicherheitsplan des philippinischen Militärs (IPSP Oplan Bayanihan) wurden zusätzlich sogenannte juristische Offensiven (legal offensives), also der strategische Einsatz ziviler Strafverfolgung gegen »Aufständische, Separatisten und Terroristen«,

als Taktik der Aufstandsbekämpfung offiziell gebilligt.¹¹ Die Einbeziehung von juristischen Offensiven in den nationalen Sicherheitsplan legt nahe, dass die vom Militär angestrebten Gerichtsverfahren in erster Linie militärischen und weniger rechtsstaatlichen Interessen folgen. Sie gründen auf einer Strategie der systematischen »Neutralisierung« des ausgemachten Feindes und weiten die militärische Aufstandsbekämpfung auf die Gerichtsräume aus.

Dabei bedient sich auch das Militär, das in der Regel als Kläger auftritt und faktisch keinerlei Konsequenzen zu fürchten hat, immer öfter auch des Mittels konstruierter Anklagen (Kapitel 2.1). Richter/innen und Staatsanwälte/innen ermöglichen durch aktive Partizipation oder stilles Ignorieren teils absurde Prozesse. So sind systematische Anklagen gegen Aktivist/innen ein effektives militärisches Repressionsmittel in einem beeinflussbaren Justizsystem.

Der Fall Zara Reboton Alvarez

Zara Reboton Alvarez ist Lehrerin, politische Aktivistin und Menschenrechtsverteidigerin auf der Insel Negros. Sie war Generalsekretärin (2002–2004) und Vorsitzende der Jugendorganisation AnakBayan-Negros, Koordinatorin der Student/innenorganisation College Editors Guild of the Philippines (CEGP), stellvertretende Generalsekretärin der linken Parteiliste Bayan Negros und Kampagnen- sowie Bildungsbeauftragte für die Menschenrechtsorganisation Karapatan-Negros. Vor Wahlen arbeitete sie als Kampagnenhelferin in Negros und auf der Nachbarinsel Panay. Zur Zeit ihrer Verhaftung arbeitet sie für die Menschenrechtsorganisation Northern Negros Alliance of Human Rights Advocates (NNAHRA).

Bereits im Jahre 2004 wird Alvarez zum Ziel einer Schmähekampagne des Militärs, die sie bei öffentlichen Veranstaltungen und im Militärradio als kommunistische Terroristin denunziert. Dazu kommen Droh-SMS (»We are watching you«) und die Überwachung täglicher Aktivitäten. 2008 wird Alvarez im Zuge ihrer wiederholten Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen zusammen mit ihren Kollegen Fred Caña und Felipe Levy Gelle zur

8 Eine solche dem damaligen Sonderberichterstatter Alston zugespielte Liste aus dem Jahr 2006 enthielt die Namen Hunderter Aktivist/innen und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Vgl. Alston Report, para 17.

9 DILG Central News: Roxas implements P2M reward a piece for Big 5 fugitives (<http://www.dilg.gov.ph/news.php?id=621&newsCategory=Central>), Karapatan: DND-DILG hit list legitimizes rights violation vs 60-year old peasant organizer, (<http://www.karapatan.org/60+year+old+Tacalan+arrested+detained+thru+DND-DILG+hit+list>).

10 Parreño: Report on Extrajudicial Killings, S. 7 ff.

11 Internal Peace and Security Plan »Oplan Bayanihan«, S. 44 (http://www.army.mil.ph/pdf_files/bayanihan.pdf)

Persona non grata in der Stadt Guihulngan City erklärt.

Die Schmähekampagnen und Belästigungen gegen Zara Alvarez kulminieren schließlich in ihrer unrechtmäßigen Verhaftung am 30. Oktober 2012 in Cadiz City, ihrer Heimatstadt. Der Haftbefehl ist jedoch für eine Sarah Alvarez, wohnhaft in Talisay City, ausgestellt, und bezichtigt diese, ein hochrangiges Mitglied der New People's Army (NPA) zu sein. Wie viele andere wird Alvarez erst zum Zeitpunkt der Verhaftung über die Anschuldigung gegen sie informiert.

Als vermeintlich hochrangige Offizierin der NPA soll Alvarez an der Ermordung von Archie Polenzo beteiligt gewesen sein. Polenzo, Leutnant der philippinischen Armee (AFP), war am 7. März 2010 in einem Gefecht mit mutmaßlichen Mitgliedern der NPA zu Tode gekommen. Für seinen Tod sind 43 Individuen angeklagt. 22 von ihnen – unter ihnen auch Alvarez – werden durch das sog. John/Jane Doe-Verfahren (Kapitel 2.1) erst nachträglich zur Anklageschrift hinzugefügt.

Der Anklagezusatz beruht auf der Zeugenaussage eines angeblichen Ex-Rebellen, der an dem bewaffneten Zusammenstoß teilgenommen haben soll. Er selbst wurde allerdings nie angeklagt.

Viele der 43 Angeklagten sind wie Alvarez Mitglieder oder führende Aktivist/innen von Menschenrechts- und politischen Organisationen in der Provinz Negros Occidental. Fünf Monate nach ihrer Verhaftung wird der bereits inhaftierten Alvarez ein weiterer Haftbefehl wegen eines Raubes durch vermeintliche Mitglieder der NPA in einer Fischfarm vorgelegt. Wiederum ein Monat später erhält sie eine Warnung durch das Militär, dass ihr zusätzliche Anklagen und Belastungszeugen bevorstünden, wenn sie nicht mit dem Militär kooperiere.

Die Inhaftierungen unterbinden nicht nur die Arbeit der Angeklagten, sie schüchtern auch Angehörige, Sympathisant/innen und eine rechtsbewusste Öffentlichkeit ein. Sie verbreiten ein Klima der Angst unter anderen Aktivist/innen, selbst jederzeit Opfer willkürlicher Schmähekampagnen und konstruierter Anklagen werden zu können. Für das Militär hingegen stellt die Verhaftung von vermeintlich ranghohen Offizier/innen der NPA einen militärischen, medialen und statistischen Erfolg im Rahmen der Aufstandsbekämpfung dar.



Zara
Reboton
Alvarez

Exemplarische Defizite

- Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen aus dem linken politischen Spektrum werden zum Ziel der militärischen Aufstandsbekämpfung. Dabei setzt das Militär vermehrt konstruierte Anklagen ein, um politische Aktivist/innen gezielt auszuschalten.

Kapitel 3: Verschwindenlassen von Aktivist/innen

»My standards have gone down through the years. Whereas before, I'd say 'Give him back to me alive and well, and let justice be served', now I just want to find out what really happened. Because if I find out the truth, I'll also find him.« – Edita Burgos, Mutter des Verschwundenen Jonas Burgos

Der Begriff »Enforced Disappearance«, der mit »Zwangsverschleppungen« oder »gewaltsamem Verschwindenlassen« übersetzt werden kann, bezeichnet die Festnahme oder Entführung von Personen, durchgeführt oder gebilligt durch staatliche Organe, gefolgt von der Weigerung, diese Freiheitsberaubung anzuerkennen oder Auskunft über das Schicksal oder den Verbleib der Personen zu erteilen. Durch dieses Vorgehen wird der verschleppten Person selbst und ihren Angehörigen, die über ihr Schicksal im Unklaren bleiben, faktisch jeder Rechtsschutz verwehrt.¹

Die Besonderheit des Verschwindenlassens als Menschenrechtsverletzung liegt in seinem andauernden Charakter.² Die wenigsten Opfer von Zwangsverschleppungen tauchen lebend wieder auf. Deswegen leiden die Familien der Opfer an oft jahrelang andauernder Ungewissheit darüber, was mit ihren Angehörigen geschehen ist. Zusätzlich ist das Risiko besonders groß, in geheimer Gefangenschaft Opfer von Folter und weiteren Misshandlungen zu werden. Verschwindenlassen ist deshalb im internationalen Recht als Verbrechen gegen die Menschlichkeit sanktioniert und gilt als eine der schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen.³

In den Philippinen hat das Verschwindenlassen eine lange Tradition. Während der Dik-

tatur von Präsident Marcos (1972 bis 1986) wurden Zwangsverschleppungen als zentrales Instrument des Machterhalts eingesetzt. Laut Statistiken der philippinischen Organisation FIND (Families of Victims of Involuntary Disappearance) wurden während des Marcos-Regimes 878 Personen Opfer von Zwangsverschleppungen. 613 dieser Opfer werden bis heute vermisst. Unter der Präsidentschaft von Gloria Macapagal-Arroyo (2001 bis 2010) kam es zu einem erneuten Anstieg der Opferzahlen und auch unter dem seit 2010 regierenden Präsidenten Aquino werden weiterhin Menschen aus politischen Gründen entführt: In den ersten zwei Jahren seiner Regierungszeit wurden zwölf Verschleppungen dokumentiert, von denen nur vier Personen wiederauftauchten. Eine Person wurde tot aufgefunden, während sieben der Opfer weiterhin vermisst werden. Während die Zahl neuer Fälle unter der Aquino-Regierung also stark zurückgegangen ist, stellt die nicht vollzogene Aufarbeitung von Altfällen eine andauernde Verletzung menschenrechtlicher Pflichten durch den philippinischen Staat dar.

Mit Abstand werden bei den meisten Fällen von Verschwindenlassen die Täter in den Reihen des Militärs (AFP) oder von diesem kontrollierter paramilitärischer Gruppen (CAFGU) vermutet. Aber auch die nationale Polizei (PNP & NBI) stellt mutmaßliche Täter/innen.

Viele der Opfer wurden vom Militär bezichtigt, Mitglieder von Rebellengruppen zu sein (siehe Kapitel 2.2 Kriminalisierung im Rahmen der Aufstandsbekämpfung) oder mit dem extremen linken Spektrum zu sympathisieren. Die meisten Opfer sind in der Tat politisch aktiv, aber meist als Mitglieder gewaltloser Organisationen wie beispielsweise Bäuerinnenorganisationen und Gewerkschaftsgruppen.⁴

1 Für die Definition des Tatbestands des Verschwindenlassens vgl. die UN-Konvention zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (CPPED), Art. 2, und das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, Art. 7(2)(i).

2 Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances: General Comment on enforced disappearance as a continuous crime, A/HRC/16/48 (para.39).

3 Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, Art. 7(1)(i), das die Philippinen am 30. August 2011 ratifiziert haben.

4 IBON Foundation (2007): Stop the Killings, Abductions and Involuntary Disappearances in the Philippines, S. 9

Opfer von Verschwindenlassen nach Administration

Regime	Gemeldete Opfer	Belegte Opfer	Weiterhin vermisst	Lebend aufgetaucht	Tot aufgefunden
Ferdinand E. Marcos (1965–1986)	878	878	613	138	127
Corazon C. Aquino (1986–1992)	825	614	407	109	98
Fidel V. Ramos (1992–1998)	94	94	46	38	10
Joseph Estrada (1998–2001)	58	58	16	39	3
Gloria M. Arroyo (2001–2010)	339	182	58	107	17
Benigno C. Aquino (seit 2010)	17	12	7	4	1
Gesamt	2.211	1.838	1.147	435	256

Quelle: Overall Results of FIND's Search and Documentation Work, November 1985 – June 2012

Rechtsmittel und faktische Umsetzungschancen

Das philippinische Rechtssystem hat einige Verfahren entwickelt, die der Aufklärung alter und der Verhinderung neuer Fälle von Verschwindenlassen dienen sollen.

Die durch den Obersten Gerichtshof eingeführten, außerordentlichen Rechtsbehelfe Writ of Amparo und Writ of Habeas Data sind gerichtliche Verfügungen, die staatliche Sicherheitsorgane anweisen, Informationen über den Verbleib vermisster Personen zu veröffentlichen. Außerdem ermächtigen sie Gerichte, die vermuteten Aufenthaltsorte von Vermissten zu inspizieren. Sie gehen also über klassische Habeas Corpus Verfügungen hinaus, mit denen Gerichte die Freilassung einer Person anordnen können, da letztere nur dann wirksam sein können, wenn bereits nachgewiesen ist, dass sich eine Person in staatlichem Gewahrsam befindet. Nach der Verfügung eines Writs of Amparo oder Habeas Data reicht es für die Sicherheitsorgane theoretisch nicht mehr aus, die Tat einfach abzustreiten oder zu behaupten, Informationen über den Verbleib der betreffenden Person seien nicht bekannt. Vielmehr müssen alle Dokumente offen gelegt werden,

um die Unschuld oder Schuld zweifelsfrei zu beweisen.

Seit Januar 2013 ist auch der Anti-Enforced Disappearance Act in Kraft. Das Gesetz kriminalisiert das Verschwindenlassen, wobei als Strafe 40 Jahre oder sogar lebenslange Haft vorgesehen und eine vorzeitige Haftentlassung ausgeschlossen ist. Als Täter gelten sowohl jene, die die Entführung durchführen, als auch die, die den Befehl dazu gegeben haben oder auf andere Weise beteiligt sind. Für Untergebene besteht nun auch explizit die Möglichkeit, Befehle, Zivilist/innen verschwinden zu lassen, zu verweigern. Ferner steht den Opfern eine angemessene Entschädigung zu.

Während die Umsetzung des Anti-Enforced Disappearance Acts noch abgewartet werden muss, haben es die bestehenden Gesetze und Rechtsmittel bisher nicht vermocht, zur Aufklärung von Fällen beizutragen. Als direkte Antwort auf den vom Obersten Gericht eingeführten Rechtsbehelf des Writ of Amparo erließ die damalige Präsidentin Arroyo die Administrative Order 197, die das Militär berechnete, Informationen geheim zu halten, die dem Schutz der nationalen Sicherheit dienen. Der Erlass wird als direkter Versuch gesehen, den Writ of Amparo auszuhebeln. Ferner hat sie

das Militär darin bestärkt, sich auch weiterhin gegen die Aufklärung von Fällen zu wehren.⁵

Der Fall Sheryln Cadapan und Karen Empeño

Der Fall des Verschwindenlassens von Karen Empeño und Sherlyn Cadapan zeigt eindrücklich die Verweigerungshaltung des Militärs, bei der Aufarbeitung von Menschenrechtsverbrechen mitzuwirken. Er führt auch vor Augen, wie schwierig es in den Philippinen ist, selbst höchstrichterliche Urteile durchzusetzen, und wie langsam die Mühlen des Rechtssystems mahlen.

Die beiden Studentinnen Karen Empeño und Sherlyn Cadapan werden in der Nacht des 26. Junis 2006 während einer Feldforschung zur Situation der Bauern in Hagonoy auf der Insel Luzon von bewaffneten Männern entführt. Der Bauer Manuel Merino versucht noch die Täter aufzuhalten, wird dabei jedoch selbst entführt. Die Menschenrechtsgruppe Alyansa ng mga Mamamayan para Pantaong Karaptan–Bulacan (Bündnis für Menschenrechte–Bulacan) reagiert schnell und identifiziert das bei der Entführung genutzte Fahrzeug als Militärfahrzeug des 56. Infanterie Bataillons der philippinischen Armee.

Maßgebliche Hinweise auf das Schicksal der beiden jungen Frauen gibt aber erst die couragierte Aussage Raymond Manalos. Dieser wird 2006 zusammen mit seinem Bruder ebenfalls Opfer einer Entführung und berichtet nach seiner Flucht aus Militärgewahrsam über brutale Foltermethoden ihm und Mitgefangenen gegenüber, unter diesen auch die beiden vermissten Studentinnen.

Der Hauptverdächtige im Fall ist der ehemalige General Jovito Palparan, der auch für viele andere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht wird. Ebenso beteiligt sein sollen unter anderem Sergeant Edgario Osario, Oberstleutnant Felipe Anotado und Sergeant Rizal Hilario. Der Grund für die Entführung der jungen Frauen konnte nie eindeutig geklärt werden. Sicher ist jedoch, dass den Studentinnen von Seiten des Militärs vorgeworfen wurde, mit »linken Aktivitäten« in Verbindung zu stehen.

Es dauert mehr als zwei Jahre, bis der Court of Appeals im September 2008 eine Schutzanweisung im Rahmen eines Writ of Amparo erlässt und die sofortige Freilassung von Empeño und Cadapan anordnet, ohne aber die Namen der Täter zu nennen, obwohl diese durch mehrere Zeugen identifiziert werden. Als die beiden nach über einem Monat noch nicht entlassen worden waren, beantragen ihre Mütter, Militärcamps besuchen zu dürfen. Außerdem fordern sie vom Obersten Gerichtshof, dass sowohl hochrangige Militärvertreter als auch die damalige Präsidentin Gloria Magapagal-Arroyo zur Verantwortung gezogen werden.⁶ Als der Court of Appeals sich daraufhin weigert, sein eigenes Urteil der Freilassung zu vollstrecken, ziehen die Angehörigen weiter vor den Obersten Gerichtshof. Dieser braucht wiederum fast zwei Jahre, um die ursprüngliche Anordnung auf Freilassung zu bestätigen.

Als im Dezember 2011, über fünf Jahre nach der Entführung, endlich Haftbefehl gegen Palparan und die anderen Verdächtigen erlassen wird, tauchen diese unter. Bis auf Osario und Anotado, die sich inzwischen vor Gericht verantworten müssen, befinden sich alle Verdächtigen auf der Flucht.

Tatsache ist, dass das Verfahren nie zustande gekommen wäre, hätten die Familien der Opfer nicht so hart dafür gekämpft. Denn der Staat, bei dem die Verantwortung für die Strafverfolgung von Menschenrechtsverletzungen eigentlich liegt, ist nicht aktiv geworden.

Exemplarische Defizite

- Das Militär weigert sich konsequent, bei der Aufklärung von Fällen zu helfen, in die die eigenen Reihen verwickelt sind.
- Eine Ermittlung und Strafverfolgung seitens staatlicher Stellen findet meist nicht statt. Stattdessen müssen die Familien der Opfer eigenständig Ermittlungen durchführen und Klage vor Gericht einreichen.

5 http://opinion.inquirer.net/inquireropinion/columns/view/20071028-97202/Writ_of_Amparo_vs_AO_197

6 Die Klage gegen Präsidentin Magapagal-Arroyo wurde vom Gericht allerdings mit Verweis auf ihre Immunität als Staatsoberhaupt nicht zugelassen.

Kapitel 4: Die Ermordung von Menschenrechtsverteidiger/innen und politischen Aktivist/innen

»Extrajudicial killings are rampant and remain unsolved in the Philippines«
– Atty Al Parreno, Report on the Philippine Extrajudicial Killings (2001 – Aug, 2010)

Politisch motivierte, extralegale Hinrichtungen sind in den Philippinen so zahlreich, dass ein Bericht von USAID und der Asia Foundation sie als »nationale Epidemie« bezeichnet (Al Parreño 2010).¹ Hierin werden für die Zeit von 2001 bis 2010 390 politische Morde dokumentiert.² Bis auf wenige Ausnahmen bleiben diese Fälle aus der Amtszeit von Präsidentin Arroyo bis heute unaufgeklärt und unbestraft. Und obwohl die Zahl der Fälle seit 2008 deutlich zurückgegangen ist, wurden

auch in der Regierungszeit Aquinos mehrere Dutzend politische Morde verübt.³

Der Begriff der extralegalen Hinrichtung bezeichnet die vorsätzliche und ungesetzliche Tötung von Personen, in die staatliche Organe involviert sind.⁴ Insofern die Hinrichtung aus politischen Motiven geschehen ist, etwa weil das Opfer aus Sicht des Drahtziehers der Tat einen unerwünschten politischen Einfluss hatte oder er sich von der Ermordung

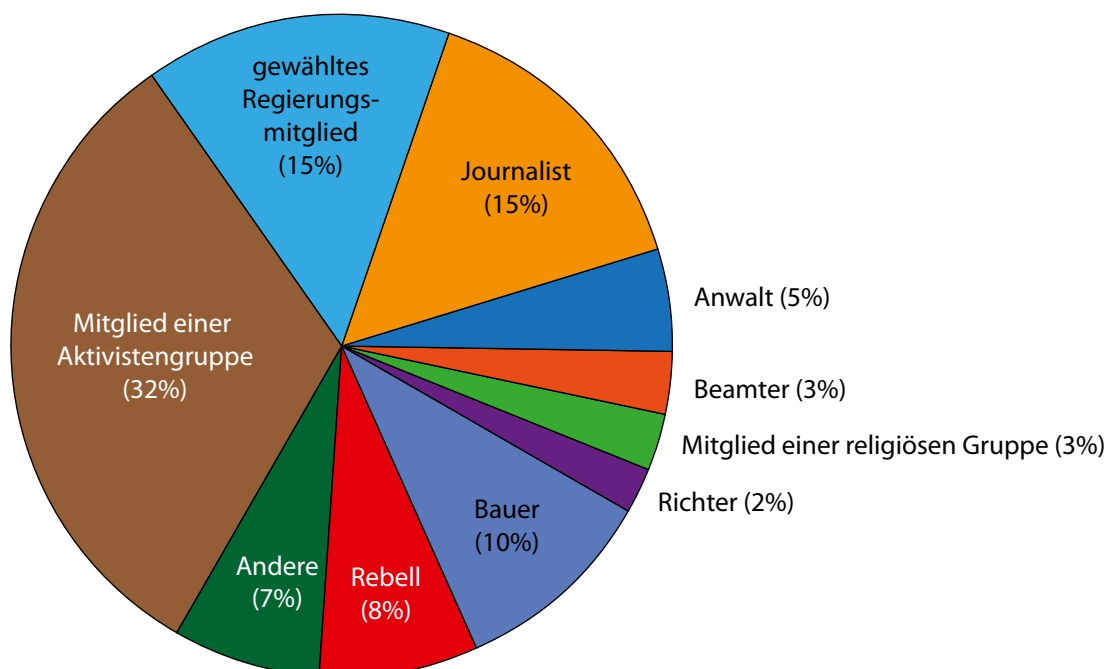
3 Die Menschenrechtsorganisation Task Force Detainees of the Philippines (TFTP) hat für die Jahre 2010–2012 28 politische Morde registriert (<http://www.tfdp.net/resources/statistics>), während die Organisation Karapatan für die Regierungszeit Aquino (Juli 2010 – August 2013) sogar von 153 Ermordeten spricht (Karapatan Monitor 2013, Issue 2).

4 Extralegale Hinrichtungen stellen nach internationalem Recht eine Verletzung des Rechts auf Leben (AEMR Art. 3, IPbpR Art. 6) dar. Dieses Recht darf auch im Fall eines öffentlichen Notstandes, wie z. B. internen bewaffneten Konflikten, nicht außer Kraft gesetzt werden (IPbpR Art. 4(2)).

1 Parreño: Report on Extrajudicial Killings, S. 4.

2 Ebd., S. 4 f.

Hintergrund der Opfer



Quelle: Parreno Extra Judicial Killing Audit dated August 15, 2010

eine für ihn vorteilhafte politische Entwicklung verspricht, kann auch von einem politischen Mord gesprochen werden.⁵

Zwei Hauptformen politischer Morde können unterschieden werden. Zum einen kommt es immer wieder zu Gewalt zwischen um politischen und wirtschaftlichen Einfluss konkurrierenden Familienklans. Weltweit Aufsehen erregte etwa 2009 das sogenannte Maguindanao-Massaker, bei dem 58 Anhänger/innen und Angehörige des Politikers Ismael Mangudadatu, darunter 32 Journalist/innen, auf dem Weg zu dessen Anmeldung zur Gouverneurswahl von Mitgliedern des rivalisierenden Ampatuanklans ermordet wurden.

Zweitens werden politisch motivierte Morde an jenen begangen, die die Macht herrschender Eliten »von unten« bedrohen. Dies sind zum einen politische Aktivist/innen, die die gravierende soziale Ungerechtigkeit und weitverbreitete Armut im Land thematisieren und umfassende politische und ökonomische Reformen fordern. Besonders betroffen sind Mitglieder linksgerichteter politischer Parteien und Organisationen, progressive Regierungsangestellte und Bäuerinnen und Bauern, die in der Agrarreformbewegung aktiv sind. Für die herrschenden Eliten stellen diese Gruppie-

rungen eine Gefahr für den Status Quo ihrer Machtposition dar, da sie für einen fundamentalen Wandel von politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen eintreten.⁶

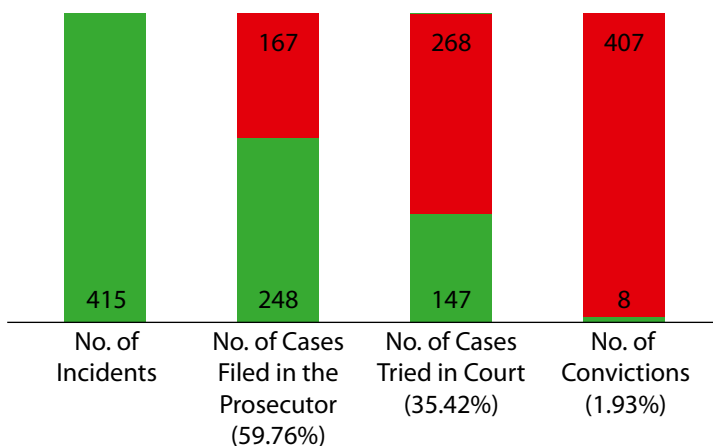
Auch werden immer wieder Journalisten/innen ermordet, die illegale Aktivitäten von Politiker/innen oder Staatsbediensteten aufdecken. Medien genießen auf den Philippinen ein hohes Maß an Meinungs- und Pressefreiheit. Mehrere Dutzend Zeitungen berichten täglich kritisch über Fälle von Korruption, politischer Repression und Menschenrechtsverletzungen. Die Kehrseite der Medaille ist, dass die Philippinen seit Jahren zu den Ländern mit der größten Anzahl an Morden an Journalisten/innen gehören. So führt das Committee to Protect Journalists die Philippinen auf Rang 3 der Länder mit den meisten ungeahndeten Mordfällen an Journalisten/innen – übertroffen nur vom Irak und Somalia.⁷

Modus Operandi politisch motivierter Morde

Viele Opfer politisch motivierter, extralegaler Hinrichtungen wurden im Vorfeld ihrer Ermordung belästigt oder bedroht. Die Morde sind systematisch geplant und die Verdächtigen entkommen meist unerkannt. Die Tatsache, dass mehr als die Hälfte der Morde tagsüber verübt werden, legt nahe, dass die Täter nicht fürchten, verhaftet zu werden. Die meisten Taten werden im Haus der Opfer oder auf offener Straße verübt.⁸

Hinsichtlich durch staatliche Organe verübter extralegaler Hinrichtungen herrscht in den Philippinen fast absolute Straflosigkeit: Von 415 zwischen 2001 und August 2011 untersuchten Fällen wurden nur 35,4 Prozent überhaupt vor Gericht verhandelt. Im selben Zeitraum lag die Verurteilungsquote bei allen Fällen bei nur 1,9 Prozent.⁹ Und auch unter der Regierung Aquino kam es bisher erst in zwei Fällen zu Verurteilungen.¹⁰

Straflosigkeit extralegaler Hinrichtungen – Januar 2001 bis August 2011



Quelle: Parreno Extra Judicial Killing Audit dated August 21, 2011

5 Im Gegensatz zu extralegalen Hinrichtungen impliziert der Begriff politischer Mord aber noch keine Involvierung staatlicher Organe.

6 Parreño: Report on Extrajudicial Killings, S. 7 ff.

7 <http://www.cpj.org/reports/2012/04/impunity-index-2012.php#index>

8 Parreño: Report on Extrajudicial Killings, S. 2 ff.

9 Ebd., S. 4.

10 Embassy of the Philippines, Washington D.C. (2013): PH Embassy Welcomes Convictions in two EJK Cases in the Philippines (<http://www.philippineembassy-usa.org/news/3302/300/PH-Embassy->

Auch wenn die mutmaßlichen Täter identifiziert sind, entgehen sie oft einer Strafverfolgung, da sie entweder von einflussreichen politischen Personen beauftragt wurden und protegiert werden, oder Mitglieder des philippinischen Militärs, der Polizei und ihrer zivilen Hilfseinheiten sind.¹¹

Der Fall Jimmy Liguyon

Der Fall der Ermordung von Jimmy Liguyon verdeutlicht das Klima der Straflosigkeit in den Philippinen.

Am 5. März 2012 wird Liguyon, Anti-Bergbauaktivist und Vorsitzender des Presbyteriums der Gemeinde der Vereinigten Kirche Christi in den Philippinen (UCCP) in Dao, San Fernando, Bukidnon, von Alde Salusad, dem Anführer der paramilitärischen Organisation *New Indigenous People's Army Reform* (NIPAR), erschossen. Die NIPAR ist ein Teil der zivilen Bürgerwehr (*Citizens Armed Forces Geographical Unit* – CAFGU) und in dieser Funktion dem 8. Infanteriebataillon des philippinischen Militärs unterstellt.

Liguyon war Ortsvorsteher (*Barangay Captain*) des Dorfes Dao und der Vorsitzende einer Gruppe der ortsansässigen indigenen Bevölkerung, die geplante Bergbauprojekte in der Region verhindern wollte. In dieser Funktion gerät er in Konflikt mit Salusad, dem Kopf der San Fernando Tribal Datus Association (SANMATRIDA), einer Vereinigung lokaler Indigenenführer, die gemeinsam Anspruch auf 52.000 Hektar Land erheben, um dafür Bergbaukonzessionen vergeben zu können. Für die Legalisierung ihres Anspruchs ist allerdings Liguyons Einverständnis notwendig.

Weil er diese verweigert, hatte er im Vorfeld bereits eine Reihe von Morddrohungen erhalten, darunter mehrere von Ben Salusad, dem Vater des Tatverdächtigen, seinerseits Mitglied des 8. Infanteriebataillons der AFP. Einer Zeugenaussage zufolge äußert Alde Salusad nach dem Mord: »I killed the captain because he wouldn't [join] the SANMATRIDA and refused to give certification to



Jimmy Liguyon

SANMATRIDA.«¹² Außerdem veröffentlicht die NIPAR ein Bekennerschreiben in einer lokalen Zeitung, in dem sie angibt, sie hätten Liguyon getötet, weil dieser Mitglied der kommunistischen NPA gewesen wäre.

Obwohl Alde Salusad von Zeugen identifiziert und seit Ende April 2012 per Haftbefehl gesucht wird, wurde er bisher nicht verhaftet. Zahlreiche Berichte belegen, dass er sich nach wie vor in Dao, San Fernando, aufhält und weitere Bergbaugegner/innen belästigt und bedroht. Es wird vermutet, dass die lokale Polizei, die um seinen Aufenthaltsort weiß, Vergeltungsmaßnahmen fürchtet, sollte sie den Haftbefehl ausführen. Aufrufe internationaler Organisationen und philippinischer NGOs, Salusad deswegen durch die nationale Polizei verhaften zu lassen, sind bislang ungehört verhallt.¹³

In der Zwischenzeit kontrollieren Salusad und die NIPAR nun die Kleinschürferaktivitäten in San Fernando. 78 Familien, darunter auch die Familie des Opfers, sind aus Dao geflohen, da sie um ihr Leben fürchten, solange der Täter auf freiem Fuß ist. Seit über einem Jahr befinden sich viele nach wie vor in

12 FIDH (2012): The Killing of Jimmy Liguyon, (<http://www.fidh.org/en/asia/Philippines/Killing-of-Mr-Jimmy-Liguyon>).

13 Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen: Briefe an Präsident Aquino vom 20. März 2012 und 14. März 2013 (<http://www.asienhaus.de/menschenrechte-philippinen/index.php/de/letters-of-appeal>).

Welcomes-Convictions-in-Two-EJK-Cases-in-the-Philippines/d,phildet/)

11 Ebd., S. 2.

provisorischen Notunterkünften in der Provinzhauptstadt Malaybalay.¹⁴

Jimmy Liguyon ist das dritte Opfer eines politischen Mordes innerhalb der UCCP seit Juni 2010.

Exemplarische Defizite

- Haftbefehle werden von der lokalen Polizei, die oft in die lokalen Machtstrukturen involviert ist, nicht ausgeführt. Durch den Local Government Code von 1992 untersteht die lokale und regionale Polizei den jeweiligen Bürgermeister/innen, die wiederum oft Allianzen zu Bergbaufirmen haben oder diese selbst kontrollieren.
- Zivile Bürgerwehren unter offizieller Befehlskontrolle des philippinischen Militärs (CAFGUS oder *Special Civilian Armed Auxiliaries* – SCAAs) werden im Rahmen sogenannter »Investitionsschutzvorhaben« dazu genutzt, Proteste der lokalen Bevölkerung gegen Bergbauunternehmungen oder Infrastrukturprojekte gewaltsam zu unterbinden.

14 ISM (2012): Preliminary Report. International and Interfaith Solidarity Mission. In Defense of Indigenous Communities. Fighting Impunity. 17–19 November 2012 Provincial Capitol Grounds, Malaybalay, Bukidnon (http://www.iphrdefenders.net/index.php?option=com_content&view=article&id=188:philippines-preliminary-report-international-and-interfaith-solidarity-mission&catid=47:philippines&Itemid=97).

»Everyone has the right, individually and in association with others, to promote and to strive for the protection and realization of human rights and fundamental freedoms at the national and international levels.« – UN Declaration on Human Rights Defenders, Artikel 1

Politische Morde, Verschwindenlassen und die Kriminalisierung von politischen Aktivist/innen und Menschenrechtsverteidiger/innen stellen andauernde und gravierende Menschenrechtsprobleme in den Philippinen dar. Diese erreichten während der Amtszeit von Präsidentin Arroyo von 2001 bis 2010 einen negativen Höhepunkt. In ihre Amtszeit fallen Hunderte Fälle extralegalen Hinrichtungen und von Verschwindenlassen.

Mit der Amtsübernahme von Benigno »Noynoy« Aquino III, Sohn der Bürgerrechtssikonen Ninoy und Corazon Aquino, im Jahr 2010 bestand Hoffnung auf Besserung. Auch haben die Philippinen mittlerweile acht der wichtigsten internationalen Menschenrechtskonventionen ratifiziert und sind seit 2011 außerdem Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag. Auf nationaler Ebene wurden die Verabschiedung des Antifoltergesetzes im Jahr 2009 und des Gesetzes gegen das Verschwindenlassen 2012 als historische Siege im Kampf gegen weitverbreitete Menschenrechtsverletzungen gefeiert.

Allerdings haben diese Fortschritte in der Stärkung des rechtlichen Rahmens bislang nicht zu einem Ende schwerer Menschenrechtsverletzungen geführt. So sind die Fälle politischer Morde und von Verschwindenlassen zwar seit 2007, auch wegen des großen lokalen und internationalen Drucks auf die Regierung, deutlich zurückgegangen. Trotzdem bezeugt die nach wie vor besorgniserregend hohe Anzahl von an Regierungskritiker/innen und Menschenrechtsverteidiger/innen begangenen Menschenrechtsverletzungen und die Zunahme von konstruierten Anklagen gegen sie, dass politische Aktivist/innen weiterhin wegen ihres Engagements bedroht sind.

Opfer dieser Menschenrechtsverletzungen sind vornehmlich Mitglieder linker Parteilisten, Journalisten/innen, Aktivist/innen aus der Agrarreform, Antibergrbau- und Umwelt-

bewegung und nicht zuletzt Menschenrechtsverteidiger/innen. Es werden also diejenigen zum Ziel von Gewalt und Repression, die Kritik an vorherrschenden Machtstrukturen üben und sich für gesellschaftliche Transformation und sozio-ökonomische Reformen aussprechen.

Die Täter dieser Verbrechen sind in vielen Fällen in den Reihen der staatlichen Sicherheitskräfte und insbesondere des Militärs zu suchen. Sie geschehen vor allem im Kontext der langanhaltenden innerstaatlichen Konflikte mit der kommunistischen New People's Army (NPA) und den verschiedenen bewaffneten Gruppen der muslimischen Unabhängigkeitsbewegung im Süden der Philippinen, aber auch im Umfeld wirtschaftlicher Aktivitäten nationaler und internationaler Konzerne, insbesondere im Bergbau und in der Plantagenwirtschaft.

Die Regierung Aquino ist ihrem Versprechen, die Täter/innen und Drahtzieher/innen dieser Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen, bisher nicht nachgekommen. Schwerste Menschenrechtsverletzungen betreffend herrscht stattdessen in den Philippinen nach wie vor fast absolute Straflosigkeit. Gründe hierfür sind unzureichende Ermittlungstechniken, mangelhafte Kooperation der Behörden untereinander, die Unterfinanzierung des gesamten Justizsektors, oft aber auch schlichtweg ein mangelnder Wille zu handeln. Vor allem Fälle, bei denen die Täter/innen unter den Mitgliedern der Armee zu vermuten sind, werden von den Ermittlungsbehörden aus falsch verstandenem Korpsgeist oder aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen häufig gar nicht erst verfolgt. Völlig unzureichend ist auch der Zeugenschutz, sodass potenzielle Zeugen immer wieder selbst zu Mordopfern werden.

Die massiven Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte werden anhalten, wenn die Verantwortlichen weiterhin keinerlei Sanktionen fürchten müssen. Im Kampf dagegen können neue und bessere Gesetze nur ein erster Schritt sein. Vielmehr müssen diese Gesetze auch effektiv durchgesetzt werden, sodass sich potenzielle Täter/innen sicher sein können, dass ihre Partizipation an solchen Verbrechen zu einem Ende

ihrer Karriere und angemessener Bestrafung führen würde. Die philippinische Regierung muss deswegen umfassende und wirksame Maßnahmen ergreifen, um politische Morde, Verschwindenlassen und die Kriminalisierung von politischen Aktivist/innen zu beenden und Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen.

Das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen fordert deshalb:

Die Lücken im bestehenden rechtlichen Rahmen zum Schutz der Menschenrechte müssen geschlossen werden. UN-Gremien muss die Überprüfung der Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards im Land ermöglicht werden.

- Ein nationaler Aktionsplan für die Menschenrechte muss unverzüglich veröffentlicht werden. Dieser muss einen detaillierten Umsetzungsplan für die hier gemachten Empfehlungen beinhalten.
- Die Konvention zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (CPPED) muss vom Präsidenten unterzeichnet und vom Senat schnell ratifiziert werden. Gleichzeitig sollte der Ausschuss zur Konvention ermächtigt werden, Individualbeschwerden annehmen und prüfen zu dürfen.
- Allen themenbezogenen Sonderberichterstatter/innen und Arbeitsgruppen des UN-Menschenrechtsrats, insbesondere der Arbeitsgruppe zu Verschwindenlassen und der Sonderberichterstatterin zur Lage von Menschenrechtsverteidigern, sollte eine dauerhafte Einladung ausgesprochen werden.

Die gravierendsten Fälle von Menschenrechtsverletzungen müssen unverzüglich aufgeklärt und die Täter vor Gericht gebracht werden. Gerichtsverfahren müssen innerhalb angemessener Zeiträume abgeschlossen werden.

- Die Polizei muss ausstehende Haftbefehle in Fällen extralegaler Hinrichtungen und von Verschwindenlassen sofort ausführen.
- Der Präsident sollte die Polizei und das National Bureau of Investigation (NBI) per Exekutivverordnung (executive order) anweisen, alle mutmaßlich von Militärangehörigen oder Polizist/innen begangenen

Verbrechen unverzüglich und vollständig aufzuklären. Eine Weigerung, solche Verbrechen aufzuklären, muss als Gehorsamsverweigerung behandelt und dementsprechend sanktioniert werden.

- Das Zeugenschutzprogramm ist auszuweiten und eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen. Das Programm muss in der Lage sein, Zeugen von Beginn der Polizeiermittlungen an und, falls notwendig, auch über das Prozessende hinaus, Schutz zu gewähren. Zeugenschutz muss auch für Mitglieder der Streitkräfte und Strafverfolgungsbehörden gewährt werden.
- Als oberster Befehlshaber muss der Präsident die Armee anweisen, vollständig und vorbehaltlos mit den Ermittlungsverfahren aller relevanter Behörden, einschließlich Polizei, NBI (National Bureau of Investigation) und CHR (Commission on Human Rights), zu kooperieren.
- CHR, Task Force USIG und die Menschenrechtsbüros von Armee und Polizei müssen Listen mit allen laufenden Ermittlungsverfahren zu Fällen extralegaler Hinrichtungen und von Verschwindenlassen veröffentlichen und diese in regelmäßigen Abständen aktualisieren.
- Um Strafprozesse zügig abschließen zu können, müssen alle vakanten Richter- und Staatsanwaltsstellen mit qualifiziertem Personal besetzt werden. Gerichtsprozesse sollen nicht wie bisher nur wenige Male im Monat, sondern über mehrere Tage am Stück durchgeführt werden.

Bereits bestehende Gesetze zum Menschenrechtsschutz müssen konsequent umgesetzt werden. Insbesondere ist die Verfolgung von politischen Aktivist/innen und Menschenrechtsverteidiger/innen im Rahmen der Aufstandsbekämpfung durch das Militär unverzüglich zu stoppen.

- Die AFP (Armed Forces of the Philippines) muss alle notwendigen Schritte ergreifen, um sicherzustellen, dass extralegale Hinrichtungen und Verschwindenlassen unverzüglich aufhören.
- Angriffe auf Zivilisten und Nichtkombattanten sind gemäß den Bestimmungen des Humanitären Völkerrechts zu beenden. Verantwortliche für solche Angriffe sind als Kriegsverbrecher anzuklagen und zu bestrafen.

- Die AFP muss umgehend aufhören, öffentlich politische oder zivilgesellschaftliche Organisationen mit Rebellen Gruppen gleichzusetzen.
- Die Einhaltung des Verbots der »order of battle«-Liste und anderer Überwachungslisten, auf denen mutmaßliche NPA-Kämpfer/innen aufgeführt werden, muss kontrolliert und überwacht werden.
- Die Praxis, politische Aktivist/innen mit konstruierten Anklagen zu belasten, muss eingestellt werden. Vor der Eröffnung von Strafverfahren, die zu einer Untersuchungshaft führen, muss eine angemessene Haftprüfung durchgeführt werden. Staatsanwälte und Richter, die offensichtlich konstruierte Anklagen verfolgen, müssen disziplinarrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.
- Es sind alle notwendigen Schritte zu treffen, damit das völkerrechtliche Prinzip der Befehlsverantwortung bei der strafrechtlichen Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen effektiv durchgesetzt werden kann.
- Die von Präsidentin Arroyo erteilte Executive Order 546 (E.O. 546) muss aufgehoben werden. Diese weist die PNP (Philippine National Police) an, das Militär bei der Aufstandsbekämpfung zu unterstützen und sieht dafür die Schaffung von Milizen und Paramilitärischen Verbänden (CAFUGUs) vor. Alle paramilitärischen Gruppen müssen entweder der militärischen Befehlskette untergeordnet oder anderenfalls aufgelöst werden.

Zusätzlich fordert das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen die deutsche Bundesregierung auf:

- die Philippinische Regierung nachdrücklich an die an diese im zweiten Zyklus des Universellen Periodischen Überprüfungsverfahrens abgegebenen Empfehlungen zu erinnern. Diese beinhalteten insbesondere die Aufforderung, durch staatliche Sicherheitsorgane begangene Fälle von Verschwindenlassen aufzuklären und die nötigen Reformmaßnahmen zu ergreifen, um extralegale Hinrichtungen zu beenden.
- Einzelfälle von politischen Morden, Verschwindenlassen und konstruierten Anklagen im bilateralen Menschenrechtsdialog mit der Philippinischen Regierung konsequent anzusprechen und eine Aufklärung einzufordern.
- durch Prozessbeobachtung von Gerichtsverfahren in Fällen offensichtlich konstruierter Anklagen die Gewährung prozessualer Mindeststandards zu überprüfen und gegebenenfalls anzumahnen.

Kapitel 6: Einzelfälle im Zeitraum von 2003 bis 2012

Zusammenfassung der Einzelfälle von politischen Morden, Verschwindenlassens und konstruierten Anklagen von 2003 bis 2012, welche vom AMP betreut wurden.

Politische Morde

Datum	Name	Ort	Region	Zugehörigkeit/ Organisation	Mutmaßliche Täter	Status
21.4. 2003	Eden Marcellana ¹	Naujan Town, Oriental Mindoro Province, Southern Tagalog	III	Karapatan	AFP (204th Brigade) – Major Gen. Jovito Palparan Jr., M/Sgt. Donald Caigas, M/Sgt. Rizal Hilario, et al	Trotz Anklage wurden die Täter weder ausfindig gemacht, noch verurteilt – ungeachtet der Tatsache, dass sogar UNHCR die philippinische Regierung dazu aufgerufen hatte (Stand: April 2012)
21.4. 2003	Eddie Gumanoy	Naujan Town, Oriental Mindoro Province, Southern Tagalog	III	Bauernaktivist	AFP	Siehe Eden Marcellana
28.4. 2004	Isaias Manano ²	nahe Divine Word College, Calapan city	IV-B	Anakpawis, UCCP, NDFP	AFP (204th Infantry Battalion)	Keine Ermittlungen aufgenommen.
12.5. 2005	Rev. Edison Lapuz ³	Sitio Motor, Barangay Crossing San Isidro, Leyte, Eastern Visayas	VIII	UCCP, Karapatan	AFP	Task Force Usig schreibt Mord trotz Gegenbeweisen der NPA zu. Verfahren eingestellt. UCCP hat Schadensersatzklage gegen Ex-Präsidentin Arroyo eingereicht.
12.5. 2005	Alfredo Malinao	Sitio Motor, Barangay Crossing San Isidro, Leyte, Eastern Visayas	VIII	Barangay Councilor	AFP	Siehe Rev. Edison Lapuz
22.9. 2005	Diosdado »Ka Fort«/ »Ding« Fortuna ⁴	Barangay Paciano, Calamba City, Laguna, Southern Tagalog	III	Gewerkschaftsaktivist, Anakpawis	PNP	PNP beschuldigt Fortuna ein Drogenhändler gewesen zu sein. Das Verfahren wurde eingestellt.

Datum	Name	Ort	Region	Zugehörigkeit/ Organisation	Mutmaßliche Täter	Status
25.10. 2005	Ricardo Ramos ⁵	Hacienda Luisita, Tarlac, Central Luzon	III	Gewerkschafts- aktivist	AFP (7th Inf- antry Divi- sion) – Army Sgt. Roderick Dela Cruz	Tatverdächtiger fest- genommen, Ver- fahren läuft (Stand: März 2011)
9.5. 2006	Rev. Jemais Tinambacan ⁶	Mobod, Oro- quieta City	X	Gloria Step Down Move- ment, Bayan Muna	AFP (Philip- pine Army Intel- ligence) – Mamay Guimalan	Task Force Usig schreibt Mord trotz anderslautendem Augenzeugenbericht der NPA zu. Verfah- ren eingestellt.
27.5. 2006	Noel »Noli« Capulong	Barangay Parian, Calamba City, Laguna, Southern Tagalog	III	Bayan Muna	AFP/PNP	PNP schreibt Mord einem Bayan Muna Mitglied zu.
31.7. 2006	Alice Omengan- Claver ⁷	Bulanao, Tabuk, Kalinga	CAR	CPA	PNP	Bisher ungelöst (Stand: August 2011)
3.8. 2006	Rev. Isaias Santa Rosa	Malobago, Daraga, Albay	VIII	Pastor United Methodist Church	AFP	Fall aus Mangel an Beweisen eingestellt obwohl eindeutige Beweise das Militär implizieren.
3.10. 2006	Alberto Ramento ⁸	Tarlac City, Tarlac Province, Central Luzon	III	Karapatan, IFI, NCCP	AFP	Fall befindet sich vor Gericht, ohne, dass die Angehö- rigen als Zeugen angehört wurden. Es wird offiziell von Raubmord aus- gegangen (Stand Oktober 2010)
19.1. 2007	Prof. Jose Ma. Cui	University Town, Cataraman, Nort- hern Samar	VIII	University of Eastern Philippi- nes, Bayan Muna	AFP	Status unklar
17.1. 2008	Ronald C. Sendrijas	Tagbilaran City, Bohol	VII	Umwelt-aktivist	AFP	Status unklar
10.3. 2008	Gerardo »Gerry« Christobal ⁹	Malagasang II, Imus, Cavite	IV-A	Arbeitsrechts- Aktivist	PNP	Bisher ungelöst (Stand März 2013)
15.5. 2008	Celso Pojas ¹⁰	Davao City	XI	Bauernaktivist		Bisher ungelöst (Stand Juni 2012)

Datum	Name	Ort	Region	Zugehörigkeit/ Organisation	Mutmaßliche Täter	Status
4.3. 2009	Rebelyn Pitao ¹¹	Davao City	XI	Lehrerin, Tochter des NPA-Anführers Leoncio Pitao	AFP (MIG/10th Infantry Division) – Private First Class Edmar »Ben« Tipait, et al	Verdächtiger Tipait wurde im Januar 2010 festgenommen, jedoch am nächsten Tag wieder frei gelassen. Der Fall bleibt bisher ungelöst. (Stand Januar 2010)
9.3. 2009	Eliazar »Boy« Billanes ¹²	Koronadal City	XII	Bayan Muna		Bisher ungelöst (Stand Februar 2011)
5.6. 2009	Rene Penas ¹³	Bukidnon	X	Bauernaktivist		Verfahren wurde aus Mangel an Beweisen eingestellt (Stand: Juni 2010)
24.1. 2010	Gerado »Doc Gerry« Ortega ¹⁴	Puerto Princesa City	IV-B	Umweltaktivist, Journalist	Ex-Gouverneur von Palawan Joel Reyes, Ex-Bürger- meister von Colon Mario Reyes, Marlon Recamata	Der Täter Recamata wurde im Mai 2013 zu lebenslanger Haft verurteilt. Die mut- maßlichen Draht- zieher Ex-Gouver- neur Joel Reyes und sein Bruder Mario wurden im Oktober 2013 vom Court of Appeals freigespro- chen.
14.6. 2010	Benjamin Bayles ¹⁵	Sitio Antolo, Brgy. Suay in Hima- maylan City, Negros Occidental	VI	Anti-Bergbau-/ Menschenrechts- Aktivist	AFP (61st IB) – Roger Bajon, Rafael Cordova, Ronnie Caurino, Reygine Laus	AFP gab die Namen der Täter bekannt, welche im Mai 2011 vom Dienst entlas- sen wurden.
8.3. 2011	Celito Baccay ¹⁶	Dasmariñas, Cavite	IV-A	Gewerkschafts- aktivist	MAGIKWO (PAG)	Bisher ungelöst (Juli 2013)
17.10. 2011	Ft. Fausto Tentorio ¹⁷	Arakan, North Cotabato	XII	Italienischer Missionar	Bagani Group (paramilitärische Gruppe)/AFP	Bisher wurden zwei Verdächtige festge- nommen. Ein Mit- glied der Bagani Special Forces gab im November 2012 zu, dass das Militär den Mord angeord- net hatte (Oktober 2013)

Datum	Name	Ort	Region	Zugehörigkeit/ Organisation	Mutmaßliche Täter	Status
5.3. 2012	Jimmy Liguyon ¹⁸	Barangay Dao	VII	Anti-Bergbau- Aktivist; UCCP, Kasilo	SANMAT- RIDA – Aldy »Butsoy« Salusad	Siehe Kapitel 4
1.5. 2012	Francisco Canayong ¹⁹	Naparaan, Salcedo, Eastern Samar	VIII	Anti-Bergbau- Aktivist		Bisher ungelöst, da keine Zeugen zur Aussage bereit sind (Stand: Mai 2012)
3.7. 2012	Willem Geertman	Central Luzon	III	Anti-Bergbau-& Landrechtsak- tivist	Harold L. Dela Cruz, Marvin Marsan	Trotz anderslauten- der Beweise wird von einem Raub- mord (Stand: Dezember 2012)
4.9. 2012	Jordan Manda ²⁰	Conacon, Bayog, Zamboanga del Sur	IX	Sohn von Anti- Bergbau-/Indi- genenaktivist Timuay Locenio Manda	Marlon Luao/ «Tatang«, Tuting Entag, Caloy Entag	Timuay Locenio Manda identifizierte 3 der 6 Verdächti- gen, welche festge- nommen und wegen Mordes, sowie Waf- fenbesitzes angeklagt wurden (Stand: Oktober 2012)
18.10. 2012	Juvy, Jordan und John Capon ²¹	Datal Aliyong, Kiblawan, Davao del Sur	XI	Familie von Daguil Capion Indigenenführer	AFP (27th Inf- antry Battalion)/ CAFGU – Lt. Col Noel Alexis Bravo, 1Lt. Jimenez	Commander Bravo trat von seinem Posten zurück. Beteiligte Solda- ten wurden entlas- sen und müssen sich vor dem Militärge- richt verantworten, jedoch verzögern sich die Verhand- lungen (Stand: März 2013).
23.8. 2013	Anteng und Victor Freay	Kimlawis, Kibla- wan, Davao del Sur	XI	Indigenenführer	AFP (39 th Inf- antry Battalion)/ CAFAGU	Das Regional- büro der CHR hat Ermittlungen auf- genommen (Stand Oktober 2013)

Verschwindenlassen

Datum	Name	Ort	Region	Zugehörigkeit/ Organisation	Mutmaßliche Täter	Status
14.2. 2006	Raymond Manalo	San Ildefonso, Bulacan	III	Bruder eines NPA-Mitglieds	AFP/CAFGU – Master Sergeant Hilario/Rollie Castillo, Donald Caigas,	Raymond kann am 13.8.2007 aus der Gefangen- schaft fliehen. 2009 reicht er Klage gegen das Militär ein. Der Prozess ist nicht abgeschlossen (Stand März 2013)
14.2. 2006	Rainaldo Manalo	San Ildefonso, Bulacan	III	Bruder eines NPA-Mitglieds	AFP/CAFGU	Siehe Raymond Manalo
26.6. 2006	Sherlyn Cadapan ²²	San Miguel, Hagonoy, Bulacan	III	Studentin	AFP (7 th Infantry Devision) Major General Jovito Palparan Sgt. Edgario Osario, Lt. Col. Felipe Anotado, Sgt. Rizal Hilario	Siehe Kapitel 3
26.6. 2006	Caren Empeño	San Miguel, Hagonoy, Bulacan	III	Studentin	AFP	Siehe Kapitel 3
28.4. 2007	Jonas Burgos ²³	Quezon City	Metro Manila	Landrechts- aktivist	AFP (56th Infan- try Battalion) – Harry Baliaga, Brig. Gen. Eduardo Año, Lt. Co. Melquiades Feliciano, Gen. Hermogenes Esperon, Gen. Romeo Tolent- tino, Lt. Gen. Alexander Yano, Gen. Avelino Razon	Jonas Burgos bleibt weiterhin ver- schwunden. Gegen Baliaga wurde 2013 Haftbefehl erlassen. Die Klage gegen die anderen Verdäch- tigen wurde fal- lengelassen (Stand Oktober 2013)
17.9. 2008	James Balao ²⁴	La Trinidad town, northern Philip- pines	CAR	CPA	AFP	James Balao bleibt weiterhin ver- schwunden (Stand März 2013)

Datum	Name	Ort	Region	Zugehörigkeit/ Organisation	Mutmaßliche Täter	Status
3.1. 2011	Najir Ahung, Rasdi Kasaran and Yusup Mohammad	Manila Airport	Metro Manila		PNP (CDIG)	Die drei Männer bleiben weiter- hin verschwun- den (Stand Oktober 2013)

Versuchter Mord

Datum	Name	Ort	Region	Zugehörigkeit/ Organisation	Mutmaßliche Täter	Status
31.7. 2006	Dr. Constancio »Chandu« Claver ²⁵	Bulanao, Tabuk, Kalinga	CAR	CPA	PNP	Siehe Alice Claver. Das Opfer ist nach Kanada emigriert.

Konstruierte Anklagen und Verleumdung als Aufständische

Datum	Name	Ort	Region	Zugehörigkeit/ Organisation	Vorwurf	Status
27.5. 2007	Rev. Berlin Guerrero ²⁶	Malabanan, Biñan, Laguna	IV-A	Pastor	Anklage: Mord, NPA-Mitglied- schaft	Wurde am 10.9.2008 entlas- sen. Erhielt seitdem mehrfach Morddro- hungen
8.9. 2008	Oliver Gimenez	Sta Catalina, Negros Oriental	VII	CERNET	Anklage: Mord an AFP/PNP, NPA-Mitglied- schaft	Anklage erfolgte im September 2008. Im Oktober 2009 Frei- gesprochen
14.11. 2008	Edwin Egar ²⁷	Sitio Ilas, Baran- gay Puray, Rod- riguez, Rizal	IV-A	Pastor UCCP	Mord an Mil- itärangehörigen; NPA-Mitglied- schaft	Anklage aus Mangel an Beweisen fallen gelassen (13.02. 2012)
31.1. 2010	Ira Pamat ²⁸	Tagbilaran City	VII	Frauenrechtsor- ganisation	Verleumdung: NPA-Mitglied- schaft	

Datum	Name	Ort	Region	Zugehörigkeit/ Organisation	Vorwurf	Status
6.2. 2010	»Morong 43«: 43 Ärzt/innen und Kran- kenpfleger/ innen	Morong, Rizal	IV-A	Council for Health and Development, UCCP	Anklage: illegaler Besitz von Waffen und Sprengstoff, NPA-Mitglied- schaft	Mehrere der Inhaf- tierten wurden angeblich gefoltert. Unter den Inhaf- tierten befanden sich mehrere NPA- Kämpfer.
2.12. 2010	Jean-Marie Ferraris ²⁹	Davao City	XI	Umweltschutzor- ganisation	Verleumdung: NPA-Mitglied- schaft	
14.1. 2012	Temogen »Cocoy« Tulawie ³⁰	Jolo, Sulu	ARMM	CBCS	Anklage: Mord- versuch an Gou- verneur Abduls- kar Tan und mehrfachen Mord	Siehe Kapitel 2.1
30.10. 2012	Zara Reboton Alvarez	Cadiz City	VI	AnakBayan, Karapatan	Anklage: Mord, NPA-Mitglied- schaft	Siehe Kapitel 2.2

Anmerkungen

- 1 <http://www.karapatan.org/node/527>
- 2 <http://www.humanrights.asia/news/urgent-appeals/UA-47-2004>
- 3 <http://www.sunstar.com.ph/tacloban/local-news/2012/05/17/group-still-seeking-justice-slain-church-advocate-221917>
- 4 <http://bulatlat.com/main/2011/05/06/the-long-road-to-justice-for-union-leader-ka-fort-continues/>
- 5 <http://hrcw.verafiles.org/tarlac-union-leader-ricardo-ramos/>
- 6 NDFP Human Rights Monitoring Committee (2007): The Lies of GRP Officials on Extrajudicial Killings. A Comparative Study of Twenty-Three (23) Cases of Extrajudicial Killings Filed Against the GRP that the Macapagal-Arroyo Regime is Attributing to the NDFP
- 7 <https://sites.google.com/site/peacemeal2011/killed/aliceomengan-claver>
- 8 <http://bulatlat.com/main/2010/10/07/remembering-bishop-alberto-ramento-a-bishop-of-the-poor/>
- 9 <http://bulatlat.com/main/2013/03/16/labor-rights-advocates-commemorate-fallen-unionists-warn-of-worsening-repression/>
- 10 Asian Human Rights Commission (2012): article 2, Special Report: The Philippines' hollow human rights system, Vol. 11, N. 2–3, pp. 91–91, <http://www.article2.org/pdf/v11n0203.pdf>
- 11 <http://www.rappler.com/nation/2183-groups-push-for-rebelyn-code-in-davao;>
<http://bulatlat.com/main/2010/01/19/rebelyns-mom-slams-speedy-release-of-afp-agent-tagged-in-slay/>
- 12 <http://bulatlat.com/main/2011/02/28/environmental-activists-students-and-journalists-demand-justice-for-dr-ortega-at-doj-picket-pr/>
- 13 <http://asianfarmers.org/?p=954>
- 14 <http://newsinfo.inquirer.net/499039/family-of-slain-gerry-ortega-to-elevate-case-to-sc>
- 15 <http://sanfranchrp.com/2012/11/01/army-admits-real-identity-of-accused-in-bayles-murder-case/>
- 16 <http://www.rappler.com/move-ph/28396-bayan-cavite-no-votes-for-maliksi>
- 17 <http://globalnation.inquirer.net/53638/italy-waiting-for-justice-for-fr-tentorio-says-ambassador;> <http://www.asia-news.it/view4print.php?l=en&art=26330>
- 18 <http://www.frontlinedefenders.org/node/18350;> Juliet Solis
- 19 <http://leytesamardaily.net/2012/05/in-salcedo-eastern-samar-police-no-lead-in-murder-of-anti-mining-leader/>
- 20 PNP response; Pres. HR committee response
- 21 [http://www.awid.org/Library/Take-Action-Justice-for-the-killing-of-WHRD-Juvy-Capion-along-with-her-two-children,](http://www.awid.org/Library/Take-Action-Justice-for-the-killing-of-WHRD-Juvy-Capion-along-with-her-two-children) [http://newsinfo.inquirer.net/293786/soldier-shouted-finish-them-off-before-shooting-blaan-tribe-leaders-wife-sons-witness,](http://newsinfo.inquirer.net/293786/soldier-shouted-finish-them-off-before-shooting-blaan-tribe-leaders-wife-sons-witness) [http://www.rappler.com/nation/14477-colonel-8-soldiers-sacked-over-killings,](http://www.rappler.com/nation/14477-colonel-8-soldiers-sacked-over-killings) [http://newsinfo.inquirer.net/350539/blaan-leader-capion-confirms-brother-killed-in-clash-with-soldiers,](http://newsinfo.inquirer.net/350539/blaan-leader-capion-confirms-brother-killed-in-clash-with-soldiers) <http://newsinfo.inquirer.net/369851/in-law-of-blaan-anti-mining-activist-files-charges-vs-soldiers>
- 22 <http://newsinfo.inquirer.net/335789/ringing-phone-keeps-hope-alive-for-missing-coeds-ma;>
<http://opinion.inquirer.net/36732/wheres-the-butcher>
- 23 <http://bulatlat.com/main/2011/06/10/mrs-burgos-files-criminal-charges-against-military-officials-involved-in-sons-abduction/>
- 24 <http://www.sunstar.com.ph/baguio/local-news/2013/04/21/search-still-james-balao-278704>
- 25 <https://sites.google.com/site/peacemeal2011/killed/aliceomengan-claver>
- 26 [http://globalministries.org/eap/countries/philippines/allegations-of-philippine.html,](http://globalministries.org/eap/countries/philippines/allegations-of-philippine.html) [http://www.united-church.ca/communications/news/general/080925,](http://www.united-church.ca/communications/news/general/080925) <http://www.justact.org.au/death-threats-and-harassment-of-uccp-pastors-berlin-guerrero-and-rodel-canja/>
- 27 <http://www.justact.org.au/case-against-pastor-edwin-egar-dismissed/>
- 28 http://www.asienhaus.de/menschenrechte-philippinen/index.php/de/letters-of-appeal-leser/items/18?file=tl_files/aktionsbuendnis/dokumente/Letters%20of%20Appeal/2010/Pamat/10-02-17%20AMP_UA_Pamat.pdf
- 29 http://www.asienhaus.de/menschenrechte-philippinen/index.php/de/letters-of-appeal-leser/items/15?file=tl_files/aktionsbuendnis/dokumente/Letters%20of%20Appeal/2010/Ferraris/10-12-02%20AMP_UA_Ferraris.pdf
- 30 [https://www.frontlinedefenders.org/node/20344;](https://www.frontlinedefenders.org/node/20344) iponmindanao.wordpress.com/2013/02/28/allow-expression-end-repression-prozessbeobachtung-im-fall-cocoy-tulawic/

Abkürzungsverzeichnis und Glossar

Abu Sayaf	islamistische Terrororganisation, die v. a. im Süden der Philippinen aktiv ist
AFP	Armed Forces of the Philippines – Philippinischen Streitkräfte
Anakpawis	linke Parteiliste
Bayan Muna	linke Parteilliste
CAFGU	Citizen Armed Force Geographical Unit – paramilitärische Gruppen, die formal der AFP unterstellt sind
CBCS	Consortium of Bangsamoro Civil Society – Dachorganisation zivilgesellschaftlicher Gruppen in Mindanao
CHR	Commission on Human Rights – nationale Menschenrechtsinstitution
CIDG	Criminal Investigation and Detection Group – Abteilung der PNP, die v. a. mit organisierter Kriminalität befasst ist
CPA	Cordillera Peoples Alliance – Menschenrechts- und Indigenenorganisation in Luzon
CPP	Communist Party of the Philippines – kommunistische Partei der Philippinen
DILG	Department of the Interior and Local Government – Innenministerium
DND	Department of National Defense – Verteidigungsministerium
FIND	Families of Victims of Involuntary Disappearance – Menschenrechtsorganisation mit Schwerpunkt auf Verschwindenlassen
IB	Infantry Battalion
ICC	International Criminal Court – Internationaler Strafgerichtshof
IFI	Iglesia Filipina Independiente – selbstständige katholische Kirche
NBI	National Bureau of Investigation – Nationale Polizei für besonders schwere Kriminalfälle
NCCP	National Council of Churches in the Philippines – Zusammenschluss protestantischer Kirchen
NDFP	National Democratic Front Philippines – Zusammenschluss linker Organisationen, inkl. NPA und CPP
NPA	New People's Army – bewaffneter Arm der CPP
Karapatan	Menschenrechtsorganisation in den Philippinen
PNP	Philippine National Police – Nationale Polizei
Task Force USIG	Sondereinheit der Polizei, die mit der Aufklärung extralegalen Hinrichtungen beauftragt ist
TFDP	Task Force Detainees Philippines – Menschenrechtsorganisation in den Philippinen
UCCP	United Church of Christ in the Philippines – evangelische Kirche
UPR	Universal Periodic Review – universelles periodisches Staatenüberprüfungsverfahren des UN-Menschenrechtsrats



© Januar 2014, **Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen**, Köln

Texte: Maïke Grabowski, Johannes Icking, Hannah Wolf

Redaktion: Johannes Icking

Lektorat: Johannes Lubert

Satz und Gestaltung: Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen

Titelfoto: UCCP, Philippines

Fotos: International Peace Observers Network (IPON), Hannah Wolf,
UCCP, Philippines

Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (AMP)

c/o philippinenbüro e. V.

Hohenzollernring 52 – 50672 Köln

amp@asienhaus.de

www.menschenrechte-philippinen.de

ISBN 978-3-933341-60-4

Politische Morde, Verschwindenlassen und die Kriminalisierung von politischen Aktivist/innen und Menschenrechtsverteidiger/innen stellen andauernde und gravierende Menschenrechtsprobleme in den Philippinen dar.

Mit der Amtsübernahme von Benigno »Noynoy« Aquino III, Sohn der Bürgerrechtsikonen Ninoy und Corazon Aquino, im Jahr 2010 bestand Hoffnung auf Besserung. Und in der Tat haben die Philippinen in den letzten Jahren viele wichtige internationale Menschenrechtsabkommen ratifiziert und nationale Gesetze zur Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen verabschiedet.

Trotzdem bezeugt die nach wie vor besorgniserregend hohe Anzahl von an Regierungskritiker/innen und Menschenrechtsverteidiger/innen begangenen Morden und die Zunahme von konstruierten Anklagen gegen sie, dass politische Aktivist/innen weiterhin wegen ihres Engagements bedroht sind.

Die in dieser Publikation vorgestellten Einzelfälle verdeutlichen die nach wie vor gravierenden Missstände und systemimmanenten Defizite bei der Bekämpfung und Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen. Sie verdeutlichen das systematische Vorgehen gegen Menschenrechtsverteidiger/innen in den Philippinen.

